

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 148 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 5/2007 · VOM 1. MAI 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Das Dilemma einer
städtischen Gesellschaft**
Soziale Mieten oder angemessener Zins

10 | **Zwangsarbeiterlager
in Eberswalde**
Ausstellung in der Kita »Spatzennest«

12 | **Klimalüge oder
unbequeme Wahrheit**
Bündnisgrüner Wahlkampf in EW

Ein Sozialticket für Brandenburg

Landesweite Volksinitiative startet am 1. Mai 2007

Schon am 1. Mai vor einem Jahr demonstrierte die Eberswalder Montagsdemo für ein Sozialticket. Der Kreistag hatte zuvor als Reaktion auf den gestiegenen Bedarf nach der Einführung von Hartz IV das im Landkreis Barnim geltende Sozialticket ersatzlos gestrichen.



Brandenburger VertreterInnen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, des Arbeitslosenverbandes, der GRÜNEN LIGA, der Volkssolidarität, der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit sowie der Partei DIE LINKE.PDS haben am 23. April die »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« auf dem Weg gebracht. Mit dieser Volksinitiative wird die Landesregierung aufgefordert, ab dem Jahr 2008 ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Auf den Veranstaltungen des DGB in den Regionen und auf den Volksfesten zum 1. Mai besteht dann erstmals die Gelegenheit, sich in die ausliegenden Unterschriftenlisten einzutragen.

Ein Sozialticket in Brandenburg kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern. So reicht zur Deckung der Mobilitätskosten der Anteil des Regelsatzes im Arbeitslosengeld II für Verkehrsleistungen (zur Zeit: 11 Euro) bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg sind für viele BürgerInnen öffentliche Mobilitätsangebote zur beruflichen Neuorientierung und zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben notwendig. Nach offiziellen Berechnungen wären für ein Sozialticket in Brandenburg minde-

stens 5 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen. Diese dürfen aber nicht zu Lasten der kommunalen Verkehrsbetriebe gehen.

Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen BürgerInnen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Anspruchsberechtigte, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets sollte 50% der jeweiligen Umweltkarte im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) nicht überschreiten.

Bis Ende September 2007 muß das geforderte Quorum von 20.000 Unterschriften erreicht werden. EinwohnerInnen mit Brandenburg Hauptwohnsitz sind aufgerufen, diesbezüglich Solidarität mit den Erwerbslosen, den sozial Benachteiligten und den Niedrig- und Armuts-löhnerInnen zu demonstrieren.

CARSTEN ZINN (Initiator und gesetzlicher Vertreter für ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin- Brandenburg),
Dr. ANDREAS STEINER (Initiator und gesetzlicher Vertreter für die GRÜNE LIGA Landesverband Brandenburg)

Die Unterschriftlisten können von folgenden Internetseiten heruntergeladen werden:

<http://www.berlin-brandenburg.dgb.de/article/articleview/5132/1/9/>

http://bb.verdi.de/#sozialticket_fuer_brandenburg_ver.di_unterstuetzt_landesweite_volksinitiative

http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/Flugblaetter/Unterschriftenliste_VI_Sozialticket_quer_endversion__1_.pdf

<http://region-ostbrandenburg.dgb.de/article/articleview/5129/1/151/>

DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE

AM 15.5. AUF DEM MARKTPLATZ. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Redeverbot

Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung ist ein demokratisch gewähltes Gremium und hat daher das Recht, im Namen der Bürgerschaft Entscheidungen für die Stadt zu treffen. Die StVV ist aber nicht nur Produkt einer demokratischen Entscheidung, sondern auch selbst in der Pflicht, für demokratische Verhältnisse in der Stadt zu sorgen. Jüngst geübte Praktiken lassen da Zweifel aufkommen. Konkret geht es um den Versuch einiger politischer Kräfte, einem lockeren Bündnis demokratisch gesinnter Personen, dem »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«, Äußerungen in der Einwohnerfragestunde der StVV zu verwehren.

Die Stadtverordneten müssen sich fragen lassen, ob sie diese politischen Kräfte gewähren lassen oder ob sie die undemokratischen Praktiken im Keime ersticken wollen.

Es ist schon sehr verwunderlich, wenn ausgerechnet der Vorsitzende der Fraktion Linke. PDS mit einer Abgeordnetenfrage das Recht in Frage stellt, daß ein Personenbündnis durch eines ihrer Mitglieder eine Erklärung mit Fragen, Anregungen und Vorschlägen in der Einwohnerfragestunde abgeben darf. Noch mehr verwundert, daß er dies in nichtöffentlicher Sitzung tat. Nicht weniger verwunderlich ist, daß die StVV von den Vorgängen Kenntnis nimmt und sie toleriert. Es wirft auch einen Schatten auf den erklärten Willen zum Neuanfang, wenn die Stadtverwaltung mit zweifelhafter Rechtsinterpretation parteipolitische Bestrebungen unterstützt, eine Bürgerbeteiligung auszubremsen. Es dürfte rechtlich nicht zu halten sein, das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde als juristische Person zu kennzeichnen und damit von der Einwohnerfragestunde auszuschließen.

Im Vordergrund der Beurteilung sollte das Interesse der Stadt stehen, durch eine bürogeroffene Atmosphäre und Stärkung der Beteiligungsrechte, der Politikverdrossenheit zu begegnen und breites Interesse zur Mitwirkung in kommunalen Angelegenheiten zu wecken.

Alle politischen Kräfte in der StVV und die Stadtverwaltung sollten keinerlei Ansätze von Zensur unliebsamer Meinungen zulassen.

»Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden« – diese Aussage Rosa Luxemburgs ist den DDR-Obersten zu Recht um die Ohren gehauen worden, gewinnt aber aktuell wieder an Bedeutung. Die Aussage des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, man wolle in der Einwohnerfragestunde keinen Wahlkampf zulassen, kann nur als Beweis dafür verstanden werden, daß der Ausschluß des Bündnisses von der Einwohnerfragestunde schon Wahlkampf gegen eine politische Gruppierung der nächsten Kommunalwahl ist.

Es wäre ein Schaden für die Demokratie, wenn sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde durch Formalien von der Einwohnerfragestunde ausschließen ließe. Aber es gibt keinen Grund für diese Befürchtung.

ALBRECHT TRILLER

Barnimer Baumschutzstammtisch

Diskussionen zum regionalen Baumschutz am 11. Mai im Biesenthaler Bahnhof

Biesenthal (bbp). Der nächste »Barnimer Baumschutzstammtisch« mit Diskussionen über den regionalen Baumschutz findet am 11. Mai, um 19.30 Uhr, im Biesenthaler Bahnhof statt. Dabei wird es um die weitere Vorgehensweise im Fall der vorerst geretteten Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 gehen. Ende April war dort die Firma »Olaf Ringk – Gartenbaubetrieb und Baumfällungen« aus Taschenberg (Gem. Uckerland) im Auftrag der Barnimer Kreisverwaltung unterwegs. Olaf Ringk erstellt ein neues Gutachten, in dem die Standfestigkeit der Bäume beurteilt wird. Dazu führte er an einzelnen Bäumen Sondierungen (d.h. Bohrungen) durch, um Hohlräume in den Bäumen zu belegen. Olaf Ringk erhielt daraufhin eine Einladung zum Baumschutzstammtisch.

Außerdem geht es um den Fotowettbewerb, der von den Autoren des »Barnim-Blogs« ins Leben gerufen wurde. Pate stand eine Aktion des Barnimer Bodenschutzamtes, das die 13 schönsten Fotos für den Abfallkalender 2008

prämiert und veröffentlichen will. Beim Barnim-Blog heißt der Wettbewerb: »Häßlich gewinnt – Erlaubt ist, was mißfällt«. Im Aufruf heißt es: *Knippen Sie ihren »persönlichen Würgeflex«, visualisieren Sie, was Sie im bzw. am Barnim stört und wie das aussieht. Dabei dürfen sie den »Abfallbegriff« ruhig großzügiger fassen. Auch Bilder von »Baumgemetzeln«, »ungestalteten Profanbauten«, Müllverbrennungsanlagen und ähnlichem Unfug haben demnach durchaus ihre Berechtigung.* Den Barnim-Blog-Autoren geht es dabei nicht darum, ihren Heimatkreis in die »Schäm-Ecke« zu stellen. »ABER: Jede Problemlösung setzt den Prozeß der Erkenntnis voraus.« Als Preis winkt das Buch »Die schönsten Alleen in Deutschland« von Olaf Schulz.

Wer weitere Preise stiften möchte, wendet sich bitte an www.bar-blog.de/kontakt/. Beiträge (Fotos) an [barnimblog\(at\)googlemail.com](mailto:barnimblog(at)googlemail.com). Einsendeschluß ist der 31. Mai 2007, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Weitere Infos unter www.bar-blog.de.

Birk-Abwahl gescheitert

Eberswalde (bbp). Nur 15 Stadtverordnete folgten am 26. April dem Begehren von Bürgermeister Friedhelm Boginski zur Abwahl des Beigeordneten Uwe Birk. Für die Abwahl wären die Stimmen von 25 Stadtverordneten, zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten, nötig gewesen. Von den 32 anwesenden Abgeordneten (einschließlich Bürgermeister) stimmten 14 gegen die Abwahl Birks. Außerdem gab es 3 Stimmenthaltungen.

Trotz der gescheiterten Abwahl wird Uwe Birk seinen Dezernentenposten zum 30. April verlieren. In der ab 1. Mai wirksamen neuen Verwaltungsstruktur wird es nur noch drei Dezernate geben. Künftig wird sich Birk mit einem Amtsleiterposten begnügen müssen. Darauf hat er nach eigener Auskunft als Beigeordneter Anspruch. Birk äußerte bereits im Vorfeld seine Bereitschaft, als Leiter eines Amtes für das Wohl der Stadt arbeiten zu wollen und versprach Loyalität gegenüber dem Bürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung.

ver.di wählte neue Landesbezirksleitung

Die Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am 21. April eine neue Landesbezirksleitung gewählt. Susanne Stumpenhuisen, seit ver.di-Gründung Landesbezirksleiterin, wurde mit über 95 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Die Konferenz wählte Astrid Westhoff zur Stellvertreterin. Andreas Köhn, ebenfalls seit ver.di-Gründung stellvertretender Landesbezirksleiter, wurde auch wieder in diese Funktion gewählt. Die bisherigen Stellvertreter Günther Waschkuhn und Hartmut Friedrich haben nicht mehr kandidiert.

Verkehrserhebung der BBG

Eberswalde (bbg). Die Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) führen seit dem 12. Februar eine gemeinsame Verkehrserhebung in Form einer Fahrgastbefragung durch. Im Einzugsgebiet der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) startete diese Fahrgastbefragung am 16. April. Dabei werden auf allen Linien der BBG die Fahrgäste gezählt und nach ihrem Fahrverhalten befragt. Geschultes Personal führt die Befragung anonym während der Fahrt durch. Das Befragungspersonal weist sich gegenüber den Fahrgästen aus und stellt Fragen zum Fahrausweis, Fahrtweg und -ziel.

Durch die Verkehrserhebung werden Verkehrsdaten ermittelt, die die Grundlage zur Aufteilung der Fahrgeldeinnahmen bei den Verkehrsunternehmen bilden. Darüber hinaus werden Fahrgewohnheiten ermittelt, um das bisherige Verkehrsangebot stetig attraktiver gestalten und stärker an den Bedürfnissen der Kunden orientieren zu können.

ANDREAS SPLANEMANN, Pressesprecher

Das Dilemma einer städtischen Gesellschaft

WHG zwischen »sozial vertretbaren Mieten« und »angemessener Kapitalverzinsung«

»Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten.« So ist der Gesellschaftszweck der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH im Gesellschaftervertrag festgeschrieben. Allerdings heißt es einschränkend weiter: »Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h., eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen wird angestrebt.«

Zwischen den Polen »Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten« und »Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung und Bildung von Rücklagen« soll sich also die Geschäftstätigkeit der WHG bewegen.

Daß die Waage nicht allzusehr zugunsten des ersten Pols ausschlägt, dafür sorgte die Altschuldenregelung, welche die letzte DDR-Regierung anlässlich der Währungsunion mit der BRD vereinbart hatte. Die staatlichen Förderungen, von der Staatsbank der DDR als fiktive Kredite ausgereicht, verwandelten sich mit dem 1. Juli 1990 in echte Kredite mit saftiger Verzinsung. Der erste Schritt in die Marktwirtschaft war für die WHG, wie für alle Wohnungsunternehmen in der DDR, ein Schritt in die Überschuldung. Zur Kreditsicherung erdachte die Bundesregierung ein paar Jahre später die sogenannte »Altschuldenhilfe«. Ein Teil der aufgelaufenen Zinsen wurde von einem Auffangfonds übernommen. Als Gegenleistung mußten die Fiktivschulden als reale Schulden anerkannt werden. Zudem war ein Teil des Wohnungsbestandes zu verkaufen, wobei Teile der Erlöse nach einer zeitlichen Staffelung an den Bund abzuführen waren. Die WHG verkaufte damals rund 1.000 Wohnungen am Rand des Brandenburgischen Viertels an einen privaten Investor. Heute behindern die Wohnblöcke des inzwischen insolventen Investors einen städtebaulich verträglichen Rückbau.

Trotz der Altschuldenhilfe betrogen die Verbindlichkeiten der WHG gegenüber Kreditinstituten zum Bilanzstichtag 31.12.2005 noch immer 110 Millionen Euro. Das sind 68 Prozent der Bilanzsumme. Fast 5 Millionen Euro müssen dementsprechend pro Jahr für Zinsen aufgebracht werden. Weitere 5 Millionen Euro Liquidität fließen zur Tilgung der Kredite ab.



Die Hälfte der jährlichen Mieteinnahmen ist damit bereits verbraucht. Dennoch ist es der WHG in den letzten Jahren gelungen, mit einem Überschuß zwischen 200.000 und 450.000 Euro abzuschließen.

Nachdem in den 90er Jahren die Sanierung der Wohnungen in den großen Plattenbausiedlungen weitgehend abgeschlossen wurde, konzentrierte sich die Geschäftstätigkeit in den letzten Jahren auf die Erlösorientierte Sanierung von Wohn- und Geschäftshäusern »in herausragender Lage« im Altbaubestand der Stadt. Sozial verträgliche Mieten standen und stehen hier im Hintergrund. Angesichts des wachsenden Anteils älterer Bürger, orientiert WHG-Geschäftsführer Rainer Wiegandt außerdem zunehmend auf die Schaffung seniorengerechter Wohnungen. So sind die Sanierungen in der Messingwerksiedlung als Generationsprojekt angelegt, für die WHG eventuell mit einer Förderung des Bundesfamilienministeriums rechnen kann. Auch die »Wohnterrassen am Finowkanal«, einem Anbau an das 2005 erworbene Würfelhaus im Leibnizviertel, sind für Seniorenwohnungen mit sozialer Betreuung gedacht. Diese Projekte, so Geschäftsführer Wiegandt, dienen der künftigen Wirtschaftlichkeit der WHG und sind Teil des »Stadtumbaus«.

Im Brandenburgischen Viertel stellt sich der Stadtumbau hauptsächlich als Stadtabriß dar. Dort stehen noch 92 Wohneinheiten auf dem Abrißplan der WHG. Obwohl der derzeitige Leerstand von 108 Wohnungen nur leicht darüber liegt, will Wiegandt an den Abrißplanungen festhalten. Die Abrißquote sei Bestandteil der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der sogenannten »Altschuldenhilfe«. Danach müsse die Leerstandsquote auf 10 Prozent des Gesamtbestandes in der Stadt gesenkt werden. Davon sei man noch um einiges entfernt. Zwar räumte der WHG-Geschäftsführer ein, daß ein Teil der neu sanierten und zwischenzeitlich weitgehend vermieteten Objekte »in herausragender Lage« in der Rechnung nicht enthalten sind, aber es müsse ja mit einem weiteren Bevölkerungsrückgang gerechnet werden.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht mag eine solche Sichtweise angebracht sein. Dem Gesellschaftszweck, sozial vertretbare Mieten zu gewährleisten, entspricht dies aber kaum. Der sozial determinierte Sinn von marktwirtschaftlichen Regulierungen verkehrt sich mit den Abrißförderungen ins Gegenteil. Diese Regulierungen zur Außerkraftsetzung der ansonsten so gepriesenen Marktwirtschaft dienen nicht dem Schutz der Mieter vor zu hohen Mieten, sondern dem Schutz der Vermieter und vor allem der Banken vor niedrigen Mieten.

GERD MARKMANN

Quellen:

– Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde 2005/2006
– Bericht des WHG-Geschäftsführers Rainer Wiegandt zur Sitzung der StVV-Fraktion Die Linke.PDS Eberswalde am 16. April 2007

Strafanzeige gegen Kritiker

Eberswalde (bbp). Nach seinem engagierten Einsatz für den Erhalt der Allee bei Rüdnitz und Danewitz wird der SPD-Politiker Dr. Andreas Steiner jetzt von seiner Partei gemäßigelt. Die SPD-Fraktion im Kreistag Barnim faßt



Dr. Andreas Steiner

den Beschluß, ihn als Sachkundigen Einwohner aus dem Umweltausschuß des Kreistages abzuberufen, während durch den Vorstand des Barnimer SPD-Unterbezirks ein Parteiordnungsverfahren in die Wege leiten will.

Wie nunmehr bekannt wurde, laufen gleichzeitig Versuche, den kritischen SPD-Genossen zu kriminalisieren. Ende April erhielt Dr. Steiner eine Vorladung von der Kriminalpolizei. Man wirft ihm üble Nachrede vor. Im Strafgesetzbuchparagrafen 186 »Üble Nachrede« heißt es: »Wer in Beziehung auf einen anderen eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Tatsache erweislich wahr ist, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe und, wenn die Tat öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) begangen ist, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« Die lokale Tagespresse hat in den letzten Wochen mehrfach benannt, was seitens der SPD-Führung gegen ihren Genossen vorgebracht wird: »Konkret geht es unter anderem um eine öffentliche Äußerung Steiners. Darin vertrat er die Meinung, die Nachwende-Generation der SPD im Kreistag biete keine Zukunft mehr.« (MOZ, 16.4.2007)

Die MOZ hat indes nur die SPD-Version Textes wiedergegeben. Im Original schrieb Dr. Steiner: »Der Umgang mit dem Ausbau der K 6005 sowie mit der Allee-Rüdnitz-Danewitz-L29 läßt für mich den Schluß zu, daß die politische Nachwende-Klasse im Kreistag bis auf wenige Ausnahmen ausgedient hat. Diesbezüglich muß eine neue Generation aufrechter und unabhängiger Entscheidungsträger endlich her, die über den Tellerrand hinausschaut und die ökonomische und ökologische Verantwortung für unsere Erde mit Blick auf die Zukunft wahrnimmt.«

Möglich ist auch, daß sich der Vorwurf der »üblen Nachrede« auf Äußerungen bezieht, in denen im Zusammenhang mit der Allee nach der Vergabepaxis gefragt wurde. So soll die Planung für den Neubau der Straße u.a. durch eine Gesellschaft erfolgt sein, in die ein SPD-Kreistagsabgeordneter aus Finow involviert ist. In jedem Falle gilt wohl das Sprichwort: »Getroffene Hunde bellen«.

Übrigens handelt es sich nicht um den ersten Versuch, kritischen Bürgern mittels Strafanzeige eins auszuwaschen. Inwieweit solche Versuche selbst strafwürdig sind, wird derzeit geprüft.

Graben für den Frieden?

Die Bausoldaten in der DDR

Eberswalde (bbp). »In der DDR gab es kein Grundrecht zur Wehrdienstverweigerung. Durch einen Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates am 7. September 1964 wurde jedoch die Bildung von so genannten Baueinheiten angeordnet. Das war im gesamten Ostblock die einzige Möglichkeit eines waffenlosen Wehrdienstes.« Mit diesen Worten kündigt der Leiter der Außenstelle Frankfurt (O.) der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen eine Ausstellung an, die am 8. Mai, um 11 Uhr, im Eberswalder Rathaus eröffnet wird. Die Ausstellung »Graben für den Frieden? Die Bausoldaten in der DDR« thematisiert Aspekte über die Wehrdienstverweigerung und die Aktivitäten einiger Bausoldaten nach dem Dienst. Achim Beier vom Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. wird dazu einen Vortrag halten. Die Ausstellung ist vom 8. Mai bis zum 1. Juni zu den Öffnungszeiten des Rathauses (Mo bis Do von 8 bis 17 Uhr und Fr von 8 bis 13 Uhr) zu besichtigen.

Um 18 Uhr referiert Bernd Eisenfeld, ehem. BStU, zum Thema Eine 'legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte' – die Spatensoldaten in der DDR. Eisenfeld hat selbst als Bausoldat gedient. In seinem Vortrag erläutert er die Beweggründe von Jugendlichen, die sich für einen waffenlosen Wehrdienst entschieden haben. Die Bausoldaten, die aus politischer oder religiöser Überzeugung den Dienst an der Waffe verweigerten und dem SED-Regime ablehnend gegenüberstanden, stellten ein großes Konfliktpotential dar. Mit welchen Mitteln und Methoden die Stasi versuchte, die Bausoldaten unter Kontrolle zu halten, steht im Mittelpunkt des Themas.

Wie Rüdiger Sielaff mitteilt, stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seiner Behörde von 11 bis 20 Uhr zur persönlichen Beratung zur Verfügung. Interessierte können ausliegende Musterakten zu Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und zu Betroffenen lesen. Kostenfreie Publikationen zu verschiedenen Themen liegen aus und können mitgenommen werden.

Stasi-Erinnerung in Bernau

Bernau (bbp). In Bernau soll es auf Vorschlag der SPD-Fraktion im Kreistag Barnim künftig eine ständige Ausstellung geben, »die den Opfern der Staatssicherheit der ehemaligen DDR gewidmet wird«. Ihren Platz finden soll die Ausstellung im Eingangsbereich des neuen Bürgerhauses Bernau. Die inhaltliche Gestaltung soll vom Projektteam in Abstimmung mit der Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen erarbeitet werden. Das Objekt in der Jahnstraße wurde in den 70er und 80er Jahren vom MfS als Kreisdienststelle Bernau genutzt. »Mit der ständigen Ausstellung sollen die Besucher des Bürgerhauses Bernau auf die Geschichte dieses Objektes hingewiesen werden«. Damit solle »ein Beitrag gegen das Vergessen der Stasiherrschaft auch in unserer Region geleistet werden«.

Im Tiefflug in den Krieg

»Unsere Ausfälle sind kriegsbedingt. Sie sind eingerechnet.«

»Mit regelmäßigen Luftwaffen Trainings nutzt Berlin das Territorium der Schweiz für eigene Kriegsvorbereitungen. Dies macht«, ist auf der Internetseite »Informationen zur Deutschen Außenpolitik« (german-foreign-policy.com) zu lesen, »der Absturz eines deutschen Tornados in den Alpen nahe Bern deutlich.« Übungen deutscher Kampfflugzeuge und Militärhubschrauber im dortigen Hochgebirge seien nicht unüblich, räumte das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport nach dem tödlichen Unfall ein. Mit ihren Trainingsflügen bereitet sich die Bundeswehr auf Gewaltoperationen in schwierigem Gelände wie in Afghanistan vor. Vorbild sind britische Spezialtruppen, die bereits vor Jahren in der Schweiz für den Kampfeinsatz am Hindukusch übten. Der zerschellte Tornado gehörte zum Jagdbombengeschwader 32 und nahm schon 1999 am Überfall auf Jugoslawien teil. Am 7. August 1995 waren es Tornados des JaboG 32, die zum ersten ausländischen Kampfeinsatz deutscher Flugzeuge nach dem Zweiten Weltkrieg starteten. Im Jugoslawienkrieg von 1999 flogen die Bundeswehr-Tornados in mehr als 2.100 Flugstunden rund 450 Einsätze und feuerten über 230 »HARM-Raketen« auf jugoslawische Stellungen. Gegenwärtig hält sich der Verband für die Bekämpfung möglicher Unruhen in Serbien bereit. »Wir sind Himmelfahrtkommandos gewöhnt«, sagt ein deutscher Tornado-Pilot im Gespräch mit German-Foreign-Policy (GFP). »Egal ob über Serbien, der Schweiz oder in Afghanistan... Unsere Ausfälle sind kriegsbedingt. Sie sind eingerechnet.«

Bei der abgestürzten Maschine handelte es sich um einen ECR-Tornado, eine Maschine, die auf die Tiefflug-Bekämpfung gegnerischer Radaranlagen spezialisiert ist. Der Tornado war vom französischen Luftwaffenstützpunkt Solenzara (Korsika) aus gestartet mit dem Ziel Lechfeld in der BRD. Wie GFP recherchierte, änderte der Kampfflieger nach einer Zwischenlandung die Zielrichtung und setzte zu einem Bogenmanöver durch die Schweizer Alpen an.

»Notstand der Republik«

Der Staatsapparat der BRD hat in den letzten Jahren einschneidende Veränderungen erfahren. Dazu gehört u.a. der Einsatz der Bundeswehr im Inland, der längst verfassungswidrig praktiziert wird, und die Zentralisierung und die Zusammenlegung von Polizeien und Geheimdiensten, die durch das »Gemeinsame Terrorismus Abwehrzentrum« bereits institutionalisiert wurde, sowie das neue Heimatschutzkonzept, durch das z.B. die Reservisten der Bundeswehr flächendeckend für den Einsatz im Inneren mobilisiert und zahlreiche zivile Organisationen dem Kommando der Bundeswehr unterstellt werden. Auch Bestrebungen

Tiefflüge in den dortigen Hochgebirgstälern gelten wegen der zerklüfteten Landschaft und der schwer zu berechnenden Thermik als Herausforderung und sind prestigeträchtiges Element einer exzellenten Ausbildung. »Das ist notwendig«, sagt ein deutscher Tornado-Pilot, der anonym bleiben will, weil er Disziplinarmaßnahmen befürchtet. »Das Training orientiert sich an Kriegseinsätzen. Dafür sind wir da. Alles andere ist beruhigendes Gerede für die Öffentlichkeit.«

Neben der Bundeswehr nutzen Kampfflieger Frankreichs, Italiens, Österreichs, Belgiens und der Niederlande die Möglichkeit von Übungsflügen in den Schweizer Alpen. Auch Hubschraubereinheiten der Bundeswehr üben in den Schweizer Bergen den Krieg.

Die Öffnung der fliegerisch attraktiven Schweizer Berglandschaft für Militärs aus NATO-Staaten ist nach Aussagen des Eidgenössischen Verteidigungsministeriums Teil eines umfassenden Kooperationsystems, mit dem das ehemals neutrale Land zum Teilhaber der westlichen Kriegsexpansion wird. Auch Schweizer Bodentruppen sind inzwischen unter NATO-Kommando im Einsatz. Rund 200 Schweizer Militärs sind in Serbien stationiert, weitere wurden nach Afghanistan kommandiert und sind dort ebenfalls dem westlichen Kriegsbündnis unterstellt. Daneben sind Schweizer Soldaten und Hubschrauber Bestandteil der EU-Truppen in Bosnien-Herzegowina.

In Jugoslawien operierten die ECR-Tornados des JaboG 32 gemeinsam mit den RECCE-Tornados des »Aufklärungsgeschwaders 51« (»Immelmann«). Letztere sind seit Mitte April in Afghanistan im Einsatz.

Der Kriegseinsatz fordert seinen Tribut. Inzwischen sind über 50 Maschinen verlorengegangen oder stark beschädigt worden. »Es werden noch mehr runterkommen«, äußerte besagter Bundeswehr-Pilot gegenüber GFP. »Das ist die Logik der weltweiten Einsätze.«

G.M.

von Bundesinnenminister Schäuble, das ganze Volk durch Totalüberwachung unter Generalverdacht zu stellen, die Beseitigung der Unschuldsumutung und Verhaftungen ohne Indizien gehören dazu. Viele dieser Maßnahmen betreffen besonders die Jugend (z.B. zentrale Schülerdatei). Sie haben erhebliche Auswirkung auf die bürgerlichen Freiheitsrechte und unsere Möglichkeiten, Widerstand zu leisten.

Daher unterstützt die FDJ den »Jugendkongress – Notstand der Republik« am 12./13. Mai in Berlin, um darüber zu informieren und den Kampf gegen diese Angriffe auf die bürgerliche Demokratie zu organisieren. MICHA, FDJ

»Ich habe keine Zeit, Sponsorenmittel einzuwerben«

Eberswalde (bbp). Der Amtsvorgänger von Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte Sponsorenmittel in großem Stil eingeworben. Daran mag sich die CDU-Fraktion in der StVV Eberswalde erinnern haben, als sie ihren Vorschlag aufschrieb, die Stadtverwaltung zu beauftragen, »stadteigene Flächen zur Anpflanzung einer Nachbildung der sogenannten Eberswalder Wunderkreise zu ermitteln und die Möglichkeiten einer Finanzierung durch Sponsoring sicherzustellen«. Der Bürgermeister reagierte prompt: »Ich habe keine Zeit, Sponsorenmittel einzuwerben«. Unerwähnt ließ er, daß es Korruptions- und Veruntreuungsvorwürfe im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Spenden waren, die zu den Hauptgründen für die Abwahl seines Amtsvorgängers gehörten.

CDU-Fraktionschef Hans-Joachim Blumenkamp beeilte sich zu versichern, daß für seine Fraktion die Gewinnung von Sponsoren kein Problem sei. Vom Bürgermeister erhoffte man sich nur moralische Rückendeckung.

Volker Passoke (Die Linke.PDS) sprach sich dafür aus, die Idee von den Wunderkreisen zur Aufwertung des Familiengartens zu nutzen. Dem widersprach Christian Trill (SPD): »Die Wunderkreise sollten wieder dahin«, sagte er, »wo sie früher waren«. Informationen dazu gab es vor kurzem während einer Ausstellung über Labyrinth im Museum in der Adlerapotheke. Gegen die Stimmen von CDU und SPD wurde die Beschlussvorlage schließlich zur weiteren Diskussion in den für die Kultur zuständigen Ausschuß der StVV verwiesen.

Merkwürdige Zahlenspielerei

Will Vizelandrat Bockhardt den Obus in Eberswalde abschaffen?

In der MOZ vom 12. April, Seite 13, geht es um ein zusätzliches Gutachten zur Zukunft des Obusbetriebes in Eberswalde. Die dort genannten Zahlen zum Investitionsbedarf lassen als Alternative nur die Einstellung des Obusbetriebes zu. Ohne Investitionen sind auch andere öffentliche Verkehrsträger nicht zu betreiben. In Bockhardts Rechnung ist ein Preis von 500.000 Euro für ein Kilometer Oberleitung enthalten. Wenn man die zu dieser Zahl richtige Währungsbezeichnung DM verwenden würde, bedeutet dieses eine zusätzliche Luxusfinanzierung für ein intaktes Oberleitungsnetz. Nur eingeschränkt wahr ist, daß das Obusnetz nicht mehr den Anforderungen genügt; es konnten beispielsweise die täglich nicht benötigten vier Obusse zur Taktverdichtung im Linienverkehr eingesetzt werden. Die Aussagen von Bockhardt sind Ausdruck der ablehnen-

den Haltung des Kreises zu diesem vor Ort umweltfreundlichen und schadstoffarmen Verkehrsmittel.

Zur Erinnerung: Bisher hat es seitens des Landkreises immer wieder Maßnahmen gegeben, den Obusverkehr zu schädigen. So z.B. Ende der 90er Jahre, als an Wochenenden und Feiertagen Dieselbusse unter dem Fahrdracht verkehrten, was die Betriebskosten steigen ließ. Oder die mehrfach durchgeführten Fahrplanausdünnungen, die Fahrgäste verärgerten oder vergraulten.

Vor einem halben Jahr wollte Bockhardt in Eberswalde Bürgermeister werden. Da klangen seine Worte noch ganz anders.

Dr. ULRICH POFAHL

Dieser Artikel erschien in gekürzter Form als Leserbrief in der MOZ am 27.4.2007. Die gekürzten Abschnitte sind kursiv gedruckt.

Gewerbetreibende belastet – Kapitalgesellschaften entlastet

Eberswalde (bbp). Ab 1. Januar 2008 wird im Rahmen der Unternehmenssteuerreform eine Änderung der Besteuerung von Gewerbetreibenden erfolgen. Bisher waren für Personengesellschaften nach einem Freibetrag von 24.500 Euro für die nächsten 12.000 Euro Umsatz 1 %, für die nächsten 12.000 Euro 2 % und für den darüber liegenden Umsatz 3 % Steuer fällig. Kapitalgesellschaften wurden mit 5 % belastet. Künftig soll sämtlicher Umsatz über dem Freibetrag generell mit einer Quote von 3,5 % belegt werden. Das Ergebnis wird dann mit dem Hebesatz der Gewerbesteuer multipliziert. Zur Gegenfinanzierung ist geplant, daß die Unternehmen künftig die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe gewinnmindernd geltend machen können. Ab 2009 soll zudem ein erweiterter Zugriff auf die privaten Konten von Gewerbetreibenden möglich sein, um Rückstände bei der Gewerbesteuer leichter eintreiben zu können.

Die Fraktion Die Linke.PDS fragte zur StVV am 26. April nach den Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Eberswalde und möglichen Konsequenzen für den Gewerbesteuerhebesatz.

Bundesweit wird im Jahr 2008 mit Mindererträgen bei Gewerbesteuern in Höhe von 5,7 Mrd. Euro gerechnet, heißt es in der Antwort der Stadtverwaltung. Eine Hochrechnung für Eberswalde seitens des Finanzamtes liegt noch nicht vor. Daher könne eine Schätzung für das Gewerbesteueraufkommen in Eberswalde gegenwärtig noch nicht abgegeben werden.

Für die Folgejahre rechne der Bund unter Berücksichtigung der zu erwartenden Wachstumsraten der Wirtschaft damit, daß das Aufkommen aus den Unternehmenssteuern (Körperschaftsteuer plus Gewerbesteuer) nach zwei oder drei Jahren wieder das Niveau vor der Reform erreicht und überschreitet. Regionale Unterschiede werden dabei nicht beachtet.

Entlastung ohne Mehrbelastung Auswirkungen der dritten Spur der B167

Eberswalde (bbp). Im Dezember hatte die Stadtverordnete Karen Oehler (Grüne/BFB) u.a. gefragt, welche Auswirkungen die zusätzlich geplante dritte Spur der neuen B167 auf das Straßennetz in Finow und auf den Verkehr auf der B2 habe. Nach vier Monaten wurden die an den Landesbetrieb für Straßenwesen (LS) weitergeleiteten Fragen nun beantwortet.

Der LS schreibt: »Eine durchgängige Dreistreifigkeit für die B167 ist aufgrund fehlender Abschnittslängen, die begrenzt sind durch Zwangspunkte wie Knotenpunkte, 2-streifige Brücken und vorhandene Bebauung nicht möglich. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die dritte Spur eine wesentliche Erhöhung der Sicherheit und Leichtigkeit auf diesem Abschnitt bringen wird. Das wird zur Folge haben, daß sich der Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen der Stadt Eberswalde weiter entspannen wird.« Die Stadtverwaltung hat bisher vom LS noch keine geänderte Planung erhalten, die die Dreistreifigkeit berücksichtigt. Zu der verkehrsplanerische Untersuchung des Planungsbüros Dr. Hunger nach Knotenpunkt an der Friedensbrücke hat das LS wie folgt Stellung genommen: »Das Einvernehmen zu diesem Vorhaben mit der Stadt (bzgl. Der Gestaltung zweier Kreisverkehre) besteht.« Die Stadtverwaltung geht daher davon aus, daß die Dreistreifigkeit der B167n keine Auswirkungen auf die Knotenpunkte Friedensbrücke und Eisenbahnstraße/Bergerstraße haben wird, die die gewünschte Umgestaltung der Knotenpunkte in Frage stellen könnten.

Weniger Verkehr

Eberswalde (bbp). Für den Straßenverkehr zwischen den Stadtteilen Finow und Eberswalde stehen drei parallel laufende Straßen zur Verfügung. Der meiste Verkehr wird von der B167 aufgenommen. Die Verkehrszählung von 2006 stellte eine maximale Belegung von 19.005 Kfz/Tag fest. Daneben wurden auf der Angermünder Straße max. 5.265 und auf der Schönholzer Straße 2.580 Kfz/Tag gezählt. Diese drei Straßen sind als Hauptverkehrs- bzw. Haupt-sammelstraßen klassifiziert. Sie müssen aktuell weniger Verkehr verkraften, als vor einem Jahrzehnt. Der Verkehrsentwicklungsplan 1994 ging von einer Belegung der B167 mit 21.800, der Angermünder Straße mit 6.050 und der Schönholzer Straße mit 6.250 Kfz/Tag aus.

Der Theorie nach können zweispurig ausgebaute Straßen bis zu 20.000 Kfz/Tag aufnehmen. Die faktische Durchlaßfähigkeit wird allerdings von den Knotenpunkten bestimmt. Für die B167 als Haupterschließungssache der Stadt gibt es keine Konflikte. Dagegen wird der Verkehrsablauf auf der Angermünder Straße durch die Engstelle der Dorf- und Brückenstraße bestimmt, während die Durchlaßfähigkeit der Schönholzer Straße durch die Kurvigkeit der Trasse ab »Kleinem Stern« eingeschränkt wird.

CDU/SPD im Kreistag Barnim:

Keine Einschulungsbeihilfe

Eberswalde (bbp). Mit der Einführung des sogenannten ALG 2 wurden die früheren einmaligen Leistungen des Sozialhilferechts abgeschafft und in die »Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts« eingerechnet. Das betrifft u.a. die Beschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern, Bekleidung, Schuhen, Brennstoffen, besonderen Lernmitteln und Aufwendungen für die Einschulung. In der Praxis ist es indes kaum möglich, aus dem Regelsatz im erforderlichen Umfang Rücklagen zu bilden. Dies gilt insbesondere für einmalige Ereignisse wie z.B. die Einschulung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband beziffert die Ausgaben für eine Grundausstattung bei Einschulung auf rund 180 Euro.

Auf Vorschlag der PDS-Fraktion sollte der Kreistag Barnim daher die Landes- und Bundesregierung auffordern, die materielle Situation Hilfsbedürftiger in Form von einmaligen Leistungen zu verbessern. Bis zu einer gesetzlichen Änderung sollte im Kreishaushalt eine Haushaltsstelle »Einmalige Beihilfen – Einschulung« eingerichtet werden.

Die von der CDU und der SPD dominierte Kreistagsmehrheit lehnte diesen Vorschlag ab.

Brandenburg vergibt Bildungschancen

Auch für das Land Brandenburg ist Bildung eines der zentralen Zukunftsthemen. Dem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck ist in dem Punkt durchaus zuzustimmen, wenn er betont, daß Bildung das einzige Versprechen an die junge Generation darstellt.

Nur – ein Versprechen darf es nicht bleiben: Denn wie ist es in Brandenburg um die Priorität Bildung bestellt? Anstelle weiter gezielt in Köpfe zu investieren, plant die Brandenburger CDU/SPD-Koalition die Streichung von 899 Lehrerstellen. Ich fordere, auf die Streichung von wenigstens 300 Stellen zu verzichten und diese vor allem für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen.

Statt zurückgehende Schülerzahlen zu nutzen, um insbesondere an den Grundschulen kleinere Klassenstärken zu schaffen und die pädagogische Zuwendung zu jedem Schüler zu verbessern, konzentriert sich die Landesregierung bei der Förderung auf das Schreiben zentraler Tests und die Einführung von Kopfnoten.

Statt wenigstens die steigende Belastung sozial benachteiligter Familien durch den Kauf von Lernmitteln und die Elternbeiträge zur Schülerbeförderung zu vermindern oder ganz aufzuheben, sieht die Landesregierung untätig

zu, wie gute Bildung immer mehr zu einer Frage des Geldbeutels der Eltern wird.

Besonders wichtig ist für mich ein gemeinsames längeres Lernen, um allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen einzuräumen. Das beginnt mit einer frühen Sprachförderung schon in den Vorschuleinrichtungen. Dazu müßte das Land auch den Einsatz von Logopäden, wie er einst in den Einrichtungen üblich war, finanzieren.

Auszubauen sind weitere Angebote wie Förder- und Teilzeitunterricht, Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie Schülerolympiaden. Auch die Zahl der Ganztagschulen im Land Brandenburg gilt es, gezielt zu erhöhen.

Einem grundlegenden Wechsel in der Bildungspolitik hat sich die Landesregierung bisher verweigert. Ohne einen solchen Wandel wird sich das Versprechen, mit Bildung Zukunftsperspektiven zu schaffen, nicht einlösen lassen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Vor einem Jahr:

Der Schülerstreik in Eberswalde

»Wir, die Schüler der Albert Einstein Oberschule in Eberswalde, haben am Montag, den 8. Mai 2006, unsere Schule in Form des demokratischen Mittels Streik übernommen.« Mit dieser Meldung begann vor einem Jahr eine Aktion, mit der das bürgerschaftliche Engagement junger Eberswalder bundesweit für Aufsehen sorgte. Die Schülerinnen und Schüler wollten die vom grünen Tisch aus geplante und entschiedene Schließung ihrer Schule nicht hinnehmen und organisierten den Widerstand.

Es war ein Buch, das die Schüler auf die Idee brachte. Der Philosoph Rainer Thiel hatte es über den erfolgreichen Schülerstreik in Storkow im Jahr 2000 geschrieben und war am 25. April zur Lesung nach Eberswalde gereist (vgl. BBP 5/2006). An diesem Tag waren die Schülerinnen und Schüler von ihrer Schule im Brandenburgischen Viertel durch die ganze Stadt bis zum Rathaus gezogen. Das Schulamt hatte beschlossen, daß es im nächsten Schuljahr keine 7. Klassen an ihrer Schule geben sollte. Sie fürchteten nicht ohne Grund um den Erhalt ihrer Schule. Schon ein paar Tage später ließ der sogenannte »Bildungsgipfel« des Landrates die Katze aus dem Sack.

Überraschend war die große Unterstützung, die die Schülerstreikenden von der Bevölkerung des Viertels und darüber hinaus sowie von vielen Unternehmen insbesondere der Stadtteile Brandenburgisches Viertel und Finow er-

fuhren. Am Ende hielten die Eberswalder ihren Streik sogar noch 2 Tage länger durch als die Storkower im Jahr 2000. Daß sie auf die Erfahrungen der Storkower aufbauen konnten, erwies sich als großer Vorteil für die Streikenden in Eberswalde. Mit Stefan Cygon stand ihnen jemand zur Seite, der schon den Schülerstreik in Storkow technisch und organisatorisch betreut hatte und selbstverständlich mit seinen Erfahrungen nicht geizte. Auch Rainer Thiel kam mehrmals nach Eberswalde. Als lokaler Unterstützer spielte zweifellos Hartwin Schulz, mit seinem Gemeindezentrum Kooperationspartner der Albert-Einstein-Schule, eine große Rolle. Ebenso Tobias Emmerich, der für technisch-organisatorische Unterstützung sorgte und nicht zuletzt den Streikenden mit seinen Liedern Kraft und Mut spendete.

Viele andere Menschen unterstützten die Schülerinnen und Schüler. Ein Getränkehändler spendete Mineralwasser, ein Bäcker Brot und Brötchen, am Streikwochenende kam ein Imbißhändler mit seiner Gulaschkanone voller Erbsensuppe, ein anderer Unternehmer sponserte Pizzas. Für den Kuchenbasar stellten sich zahlreiche Einwohner des Viertels an den Backofen. Darüber hinaus stellten zahlreiche Geldspenden die Versorgung der Streikenden auf ein sicheres Fundament. Auf verschiedenste Weise zeigte sich die aktive Anteilnahme der Bevölkerung des Viertels.

Die Hauptlast des Streiks trugen natürlich die Schülerinnen und Schüler. Schulsprecher Alexander Köppen und die anderen Schülerinnen und Schüler des Streikkomitees kamen während der zwei Wochen kaum zum Schlafen, um die Streikaktionen und den alternativen Unterricht vorzubereiten und nicht zuletzt um für die nötige Ordnung und Disziplin unter den Streikenden zu sorgen.

Die 150 Schülerinnen und Schüler, die sich am Schülerstreik in Eberswalde beteiligten, haben in diesen elf Tagen viel gelernt. Viel gelernt über die Politik in diesem Land, über die »Nichtzuständigkeiten« der politisch Verantwortlichen, die Arroganz der Ministerialbürokratie und die Demokratieverbote für ihre Lehrer, die doch eigentlich Vorbild sein sollen. Gelernt haben sie vor allem, gesellschaftliche Verantwortung selbstbewußt in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Diese Erfahrung wird den Teilnehmern am Schülerstreik in Eberswalde bleiben, auch wenn am Ende der Kampf um den Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule trotz allen Engagements erfolglos blieb. Sie werden sich merken, wer dafür die Verantwortung trägt. Die während des Schülerstreiks und danach neu entstandenen Netzwerkstrukturen dürften indes auch bei künftigen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen.

GERD MARKMANN

»Die Linde ist noch da – wir auch«

Bericht über die 97. Eberswalder Montagsdemo am 16. April

Eberswalde (em). Nachdem am 13. April der Marktplatz neu gestaltet wieder in Nutzung genommen worden war, führte die Eberswalder Montagsdemo am darauffolgenden Montag die erste Demonstration nach der Umgestaltung durch. Die kleine Demo hatte mehr Zuschauer als Teilnehmer – es ist eben angenehmer in der benachbarten Eisdielen in der Sonne zu sitzen, als an einer Demo teilzunehmen. Sie stand unter dem Motto: »Die Linde ist noch da – wir auch«. Die Linde und mit ihr der Löwenbrunnen, das ist alles, was vom alten Markt gegenüber noch übrig geblieben ist. Die Montagsdemo war für die Dauer der Bauarbeiten zur Steinstraße ausgewichen und ist nun auf den Markt zurückgekehrt.

Verständlicherweise fragten sich die Montagsdemonstranten, was der Umbau denn nun gebracht hat? Über die Gestaltung drifteten die Meinungen auseinander, aber in der Frage waren sich alle einig, daß es dringendere Aufgaben gegeben hätte, für die aber kein Geld da ist. Die Demonstranten nahmen zur Kenntnis, daß sowohl der Bürgermeister als auch der Landrat das erneute Ersuchen der Eberswalder Montagsdemo, ein Sozialticket für den ÖPNV einzurichten, abgelehnt haben. Ersterer verwies auf die Zuständigkeit des Landkreises, Letzterer auf die Kreistagsabgeordneten, die einen entsprechenden Beschluß fassen müßten.



Beide betonen, daß für ein Sozialticket kein Geld da ist. Aber der Umbau des Marktplatzes und der Neubau des Kreishauses sprechen eine andere Sprache.

Gegenstand der Diskussion war auch der G8-Gipfel. Auf einer Liste trugen sich die Interessenten ein, die am 2. Juni gemeinsam per Bus nach Rostock zur Demonstration gegen

den G8-Gipfel fahren wollen. Die Eberswalder Montagsdemonstranten werden an der Demonstration und der Kundgebung zum 1. Mai teilnehmen und an ihrem Stand Unterschriften für die Einrichtung eines Sozialticket im Land Brandenburg sammeln.

Die nächste Montagsdemo folgt dann am 14. Mai auf dem Marktplatz.

Ostrenten 20 Prozent niedriger

Bundesregierung verabschiedet sich von Rentenangleichung Ost an West

Auf den im mdr-Magazin »Umschau« kürzlich verbreiteten Fakt, daß die ostdeutschen Alterseinkünfte um 20 Prozent unter den im Westen liegen, reagiert die Bundesregierung mit Ignoranz und Schulterzucken. Die Antwort auf meine Anfrage zu den Ost-Renten im Bundestag in dieser Woche stellt klar: Rot-Schwarz hat sich vom Ziel verabschiedet, den Rentenwert Ost in absehbarer Zeit dem Rentenwert West anzugleichen. Die Regierung hat dafür weder ein Konzept noch einen Zeitplan.

Im Gegenteil: Die Rentenungerechtigkeit Ost wird zementiert. Zwar werden – nach drei Nullrunden – die Renten in diesem Jahr um magere 0,54 Prozent erhöht, erstmals seit der deutschen Einheit verzichtet die Bundesregierung aber in diesem Zusammenhang darauf, die Renten im Osten stärker zu erhöhen als in den westlichen Bundesländern. Das wäre eine wichtige Voraussetzung, damit sich die Einkommensschere schrittweise schließt.

Statt für gleichwertige Lebensverhältnisse der Rentnerinnen und Rentner in Ost und West zu sorgen, schiebt die Bundesregierung die Verantwortung für die hierzulande geringeren Alterseinkünfte den Tarifvertragsparteien

zu. Dabei weiß sie sehr gut, daß zwei Säulen der bundesdeutschen Alterseinkommen – Betriebsrenten und private Vorsorge – in den neuen Ländern mehr als schwach sind. Auch der »Rat« der Bundesregierung an die Ostdeutschen, per Riester-Rente selbst vorzusorgen, verschafft den jetzigen Rentnerinnen und Rentnern keinen Cent mehr Einkommen.

Es bleibt bei der Forderung nach einem Fahrplan, nach konkreten Maßnahmen für die Rentenangleichung Ost an West, damit die Rentnerinnen und Rentner das noch erleben.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Die vollständige Antwort der Bundesregierung ist im Bernauer Wahlkreisbüro der Abgeordneten, Berliner Straße 17 oder im Internet unter www.dagmar-enkelmann.de zu finden.

Hilfe für Frauen in Not

Das Frauenhaus Barnim, Träger ist der Verein »für frauen« e.V., betreut Frauen, die insbesondere wegen häuslicher Gewalt den Partner verlassen mußten. Nicht selten bringen sie ihre Kinder mit. Es ist gut, daß es mit dem Verein »für frauen« e.V. und seiner Vorsitzenden

Astrid Gohlke engagierte Menschen gibt, die sich der Notlage von Frauen annehmen.

Neben betreuten Wohnungen in Eberswalde leistet der Verein telefonische Hilfe, unterstützt in Bernau eine mobile Beratungsstelle und bietet Hausbesuche an. Zwei entsprechend qualifizierte Sozialarbeiterinnen sind rund um die Uhr erreichbar. Finanziert wird die Arbeit durch Landes- und Kreismittel sowie mit Zuschüssen Barnimer Gemeinden.

Während es allerdings im städtischen Haushalt von Eberswalde eine eigene Kostenstelle »Zuschüsse für Krisenwohnung, Frauenhaus« gibt, erfolgt die Unterstützung durch Bernau aus dem Sozialfonds, der jährlich beantragt werden muß. Ich halte das für ein falsches Herangehen. Aus dem Sozialfonds werden Mittel für Vereine und Verbände bereitgestellt. Nach den Richtlinien, die aus meiner Sicht dringend überprüft werden müßten, erhalten sie nur Zuwendungen, wenn Personen mit Wohnsitz in Bernau beteiligt sind. Das Frauenhaus ist eine Einrichtung, die für Notfälle vorgehalten werden muß. Es ist nicht vorhersehbar, wie viele Frauen woher und für wie lange Betreuung brauchen. Eine stabile finanzielle Grundlage, die insbesondere den Einsatz von Fachkräften ermöglicht, ist unverzichtbar. Daran sollte sich Bernau künftig deutlich engagierter beteiligen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Offener Brief der Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.

Einführung des Maulkorbzwangs bei der SPD?

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Matthias Platzeck und sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Günter Baaske, voller Entsetzens entdeckten wir einen Artikel am 16. April in der MOZ Eberswalde/Bernau über Herrn Dr. Andreas Steiner. Da fragen wir uns: In welchem Punkt unterscheidet sich die SPD von der ehemaligen SED? Hier soll ein engagierter Bürger mundtot gemacht werden, nur weil er offen seine Meinung sagt.

Dr. Andreas Steiner stand zusammen mit der »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.« am 6. März 2007 in Angermünde bei einer Mahnwache vor dem Amt zur Grundsicherung und protestierte gegen die Ein-Euro-Jobs.

Dr. Andreas Steiner ist nicht nur in der SPD, sondern auch in der SPD-Arbeitsgemeinschaft AfA sowie in der Gewerkschaft ver.di aktiv tätig. Dort setzt er sein ganzes Wissen und Erfahrung ein. Aber die SPD läßt vermutlich keine andere als ihre eigene »offizielle« Meinung zu. Denn jetzt will seine Partei, die SPD, ihn »zur Ordnung« rufen.

In dem Artikel vom 16. April 2007 geht es um eine öffentliche Äußerung von ihm. Darin vertrat er die Meinung, daß die Nachwende-Generation der SPD im Kreistag keine Zukunft mehr bietet. Zu dieser Aussage steht Dr. Andreas Steiner und vermutet in der Debatte den Versuch, »diskreditierende Gründe« gegen ihn zu finden. Er selbst sagt: »Hier wird versucht, mich auszubooten. Die SPD braucht mehr Öffnung zu kritischen Themen.« Darauf beharrt er und sieht sich durch die Politikverdrossenheit der Bürger bestätigt.

Bahnprivatisierung stoppen

Die Gewerkschaft ver.di hat sich gegen die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn ausgesprochen und ist dem Bündnis »Bahn für Alle« beigetreten. Mit unseren Bündnispartnern betreiben wir seit März die Internetseite www.deinebahn.de. Auf dieser Seite wollen wir alle aktuellen Informationen zu diesem Thema sammeln und für unsere Position mit Argumenten werben sowie auf Aktivitäten hinweisen. Die Kapitalprivatisierung der DB AG wäre die größte Privatisierung, die es jemals in der BRD gegeben hat. sie hätte unmittelbare Auswirkungen auf unser Organisationsgebiet, insbesondere im Verkehrsbereich.

Die Gewinne der Bahn werden unter anderem dadurch erwirtschaftet, daß Strecken still gelegt werden und Investitionen auf die lange Bank geschoben werden. Weiterhin müssen die Länder höhere Zuschüsse für den Nahverkehr (Fernbahnzubringer) zahlen und die Bahnfahrer regelmäßige Preiserhöhungen inkaufnehmen. Die Bahn gehört zur Daseinsfürsorge und braucht keine Gewinne machen.

WOLFGANG PIEPER und DIETER KORTE

Die Barnimer SPD-Chefin Petra Bierwirth gibt in dem Artikel der MOZ vom 16.04.2007 bekannt: »Herr Steiners Umgang mit Leuten, die nicht seiner Meinung sind, ist nicht mehr hinnehmbar«. Steiner wurde bereits einmal zu einer Aussprache gebeten, am 3. Mai tagt der Unterbezirksvorstand erneut. Gegen Steiner soll ein Parteiordnungsverfahren angestrengt werden. Das könnte möglicherweise mit einer Rüge enden. Laut Bierwirth wäre das der erste Fall in der Geschichte der Barnimer SPD.

Der Verein »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.« (Angermünde/Schwedt) steht solidarisch hinter Dr. Andreas Steiner. Der Zeitungsartikel vom 16.04.2007 zeigt uns ganz deutlich, mit welchen Methoden die SPD versucht, ihre Mitglieder unter Druck zu setzen. Eine freie Meinungsäußerung läßt die Partei nicht zu. Die Sozialdemokraten setzten also nicht nur die Hartz-IV-Betroffenen unter Druck, sondern auch ihre eigenen, anders denkenden Mitglieder.

Dr. Andreas Steiner ist das Salz in der Suppe bei der SPD. Er läßt sich nicht den Mund verbieten und deshalb wird jetzt ein Parteiordnungsverfahren angestrengt. Wir von der »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau« fragen: Was ist das für eine Partei, wo jedes Mitglied einen Maulkorb bekommt? Wir fragen jetzt die SPD im Barnim: Wie verhält sie sich zur freien Meinungsäußerung, gilt das nicht mehr für Ihre Mitglieder? Werden offene und ehrliche Bürger ihrer Partei jetzt zur Ordnung gerufen, nur weil Sie in der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen? Sollen Querdenker mit einem Parteiordnungsverfahren eingeschüchtert werden?

Pressemitteilung der SPD-Fraktion

Dr. Steiner, der zur Kommunalwahl 2003 im Wahlkreis 01 auf der Liste der SPD für den Kreistag kandidierte, jedoch nicht die erforderliche Stimmenzahl für ein Mandat erhielt, wurde auf der 2. Sitzung des Kreistages am 10.12.2006 von der SPD Fraktion für die laufende Wahlperiode als sachkundiger Einwohner in den A 5 entsandt.

»Die Fraktion glaubte bisher, wegen seiner fachlich fundierten, wenn auch teilweise kritischen Arbeit, den richtigen Mann für die Ausschussarbeit berufen zu haben«, so Fraktionsvorsitzender Joachim Tonndorf. Seine Öffentlichkeitsarbeit sowie einige seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Kreisstraße Rüdnitz-Danewitz (K6005) veranlaßten die SPD Fraktion auf ihrer Sitzung am 17.04.2007 über das Fortbestehen des Ausschussmandates von Dr. Steiner zu befinden.

Im Rahmen einer ausführlichen Aussprache erklärte Dr. Steiner letztlich, daß er mit der Fraktion nicht mehr zusammenarbeiten könne. Er bezog sich dabei insbesondere auf seinen Le-

Der letzte Absatz auf der Homepage der SPD-Finow war ausschlaggebend, daß gegen Dr. Andreas Steiner am 17.04.2007 einstimmig ein Beschluß der SPD-Kreistagsfraktion gefaßt wurde, wodurch er auf den Juni-Sitzung des Barnimer Kreistages aus dem Umweltausschuß des Landkreises Barnim (A5) abberufen werden soll (<http://spdnet.sozinfo.brandenburg/barnim/finow/>): »Der Umgang mit dem Ausbau der K 6005 sowie mit der Allee-Rüdnitz-Danewitz-L29 läßt für mich den Schluß zu, daß die politische Nachwende-Klasse im Kreistag bis auf wenige Ausnahmen ausgedient hat. Diesbezüglich muß eine neue Generation aufrechter und unabhängiger Entscheidungsträger endlich her, die über den Tellerrand hinausschaut und die ökonomische und ökologische Verantwortung für unsere Erde mit Blick auf die Zukunft wahrnimmt.«

Wir schätzen den Mut und die Offenheit von Herrn Dr. Andreas Steiner und wünschen Ihm viel Kraft und Ausdauer. Mit diesem offenen Brief erwarten wir eine schriftliche Antwort auf unsere Fragen. Außerdem möchten wir Ihnen mitteilen, daß wir auch weiterhin mit Herrn Dr. Andreas Steiner zusammenarbeiten und Ihn unterstützen werden.

BIRGIT KÜHR, »Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau« (Angermünde/Schwedt)

Diese Personen und Protestbewegungen aus folgenden Städten schließen sich unserem offenen Brief an (Stand 18.4.): Frank Escholz (Finsterwalde), Rainer Weigt (Trebbin), Dr. Rainer Thiel (Storkow), Stefan (Luth. Wittenberg), Sabine Fricke (Saarbrücken), Martin Pausch (Dortmund), Fritz Hofmann (Betriebsratsmitglied Opel, Stadtratsmitglied Eisenach, Montagsdemo Eisenach), Andreas Hähle (Gera), Nadine Fischer (Jüterbog)

serbrief am 23.02.2007 in der Märkischen Oderzeitung und seine Veröffentlichung im Internet vom selben Tag, die er ausdrücklich bekräftigte. »Der Umgang mit dem Ausbau der K6005 sowie mit der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 läßt für mich den Schluß zu, daß die politische Nachwende-Klasse im Kreistag bis auf wenige Ausnahmen ausgedient hat«, so Dr. Steiner im Internet am 23.02.2007. Die SPD Fraktion sah daraufhin keine Grundlage mehr für eine weitere Zusammenarbeit und beschloß einstimmig, auf der nächsten Sitzung des Kreistages Dr. Steiner als sachkundigen Einwohner aus dem A 5 abzurufen.

JOACHIM TONNDORF, Fraktionsvorsitzender

Bemerkung: Gegenüber der BBP widersprach Dr. Steiner der Behauptung Tonndorfs, er hätte erklärt, »daß er mit der Fraktion nicht mehr zusammenarbeiten könne«. Dies habe er nie gesagt, auch nicht sinngemäß. Tonndorf betonte vielmehr selber in diversen eMails, das jemand, der »nach ausführlicher Diskussion in der Fraktion seine Auffassungen immer wieder bekräftigte«, nicht erwarten könne, »daß wir weiter mit ihm zusammenarbeiten«. Dr. Steiner erklärte, er würde gerne weiter für die SPD im Ausschuß A5 arbeiten.

Diakonie unterstützt Volksinitiative zum Sozialticket

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V. hat heute erklärt, die Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg ebenfalls zu unterstützen. Rainer Krebs, Leiter des Arbeitsbereiches Existenzsicherung und Integration beim Diakonischen Werk sagte dazu: »Wir führen die Auseinandersetzung um ein bezahlbares Sozialticket in Berlin seit Jahren gemeinsam mit dem DGB und haben auch manches bewegt. Ebenso setzen wir uns in Berlin, Brandenburg und auf Bundesebene dafür ein, daß die Regelsätze im SGB XII sowie die Regelleistungen im SGB II um mindestens 15% erhöht werden. Die Brandenburger Volksinitiative unterstützen wir daher gern und mit allen Kräften. Wir werden ebenfalls Unterschriften für die Einführung eines Sozialtickets sammeln.«

Er kündigte darüber hinaus an, sich auch langfristig für das Thema engagieren zu wollen: »Wir sind uns bewußt, daß der Einsatz mit Abschluß der Initiative nicht erledigt ist. Mit jedem neuen Haushaltsgesetz des Landes, mit jeder Tarifierhöhung der Verkehrsunternehmen und bei jeder Möglichkeit der Regelsatzveränderung werden wir uns engagiert für die Interessen der Menschen im Land Brandenburg einsetzen.«



Dr. Andreas Steiner (Grüne Liga), Carsten Zinn (ver.di), Ursula Schäfer (DGB), Inka-Karina Ackermann (Arbeitslosenverband), Roswitha Urban (Volkssolidarität) und Thomas Nord (Linkspartei.PDS) brachten am 23. April die »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« auf den Weg.

Damit wir die Volksinitiative inzwischen von neun Verbänden getragen:

Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V., DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V., Grüne Liga Landesverband Brandenburg e.V., Links-

partei.PDS Brandenburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Brandenburg, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V., WASG Brandenburg

MARIA STRAUß, Landesgeschäftsführerin
Linkspartei.PDS Brandenburg

Fragen an den Barnimer Landrat

Bürgerbeteiligung, Arbeitsförderung, Weiterbildung

Einwohnerfragestunde der Sitzung des Kreistages am 18. April

1. Fragekomplex – Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger bei der kritischen und konstruktiven Begleitung der parlamentarischen Arbeit des Kreistages, seiner Ausschüsse und der Kreisverwaltung Barnim

1.1. Warum wird interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit verwehrt, in den Ausschüssen des Kreistages mittels einer Einwohnerfragestunde relevante Themen anzusprechen? Wäre es nicht an der Zeit, daß man die Geschäftsordnung des Kreistages Barnim diesbezüglich novelliert, um den Erfordernissen einer bürgerorientierten Verwaltung und eines bürgerfreundlichen Parlamentes gerecht zu werden?

1.2. Warum werden relevante Beschlußvorlagen des öffentlichen Teils der Sitzungen des Kreistages und seiner Fachausschüsse und die nachfolgenden Protokolle nicht abrufbar für die Bürgerinnen und Bürger auf die Internetseiten des Landkreises Barnim gestellt?

1.3. Wie werden die Bürgerinnen und Bürger in das geplante Volksfest am 1. Juli 2007 zur Inbetriebnahme der Neuen Stadtmitte von Eberswalde insbesondere der Einweihung des Dienstleistungs- und Verwaltungszentrums des Landkreises Barnim einbezogen? Ist es vorgesehen, daß zivilgesellschaftliches, unternehmerisches, aber auch gesellschaftspolitisches und sozialpartnerschaftliches Engagement (dazu gehören auch Gewerkschaften) im Landkreis Barnim in den verschiedensten Formen darge-

stellt werden kann? Oder soll dieses geplante Bürgerinnen/Bürgerfest zu einem entpolitisierten Kalorien- und Promillespektakel ausarten?

2. Fragenkomplex – Umsetzung des Sozialgesetzbuches II und III im Landkreis Barnim unter Mitwirkung der Arbeitsagentur und des Jobcenters Barnim (ARGE)

2.1. Warum tagen die Trägerversammlung und der Beirat des Jobcenters Barnim nicht öffentlich? Ist es richtig, daß der Beirat des Jobcenters nur noch die Rolle eines »Frühstücksdirektoriums« wahrnimmt und die eigentlichen Entscheidungen hinter den Kulissen der Trägerversammlung fallen?

2.2. Wäre es nicht an der Zeit, daß sich die örtlichen Arbeitsmarktakteurinnen und Akteure an einen Tisch setzen, um sich strategisch zu beraten, wie sinnvoll Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Landkreis Barnim begleitet werden kann? Wäre es ebenfalls nicht an der Zeit, sich zu Fragen und Problemen einer existenzsichernden öffentlichen Beschäftigungsförderung im Landkreis Barnim im Interesse der Betroffenen zu verständigen, um zu sinnvollen Lösungsansätzen zu kommen?

2.3. Wie geht die Kreisverwaltung mit der Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie vom 8. April 2007 um, den Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg zusätzlich 1000 ABM-Stellen zur Verfügung zu stellen, um? Über wieviel ABM-Stellen kann diesbezüglich der Landkreis Barnim

verfügen? Zu welchen Konditionen, zu welcher Dauer, zu welcher wöchentlichen Arbeitszeit und zu welchen Tätigkeitsfeldern werden diese den Beschäftigungsträgern angeboten?

3. Fragenkomplex – Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung Barnim

3.1. Haben der Landrat, die Beigeordneten, Dezernenten, Amtsleiterinnen und Amtsleiter, Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter Kenntnis vom Inhalt des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes und gibt es diesbezüglich eine Vereinbarung mit dem Personalrat?

3.2. Ist es richtig, daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern notwendige Weiterbildungen verwehrt werden, weil eventuell das dazu zur Verfügung stehende finanzielle Budget des jeweiligen Amtes überzogen werden könnte?

3.3. Ist es ebenfalls richtig, daß man Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern der Kreisverwaltung Seminare, z.B. der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (wo für den Arbeitgeber keine Kosten entstehen) unter fadenscheinigen Gründen die Möglichkeit an einer Teilnahme verwehren möchte bzw. den Betroffenen im Nachgang das deutlich spüren läßt, daß sie an solchen Seminaren nach Brandenburgischem Weiterbildungsgesetz teilgenommen haben und Erscheinungen von verdecktem Mobbing auf der Tagesordnung stehen?

CARSTEN ZINN

Ausstellung des GWI Eberswalde in der ehem. Kita »Spatzennest«:

Zwangsarbeiterlager in Eberswalde

Vor 62 Jahren am 24. April 1945 hat die sowjetische Armee einen opferreichen Weg über Stalingrad bis vor die Tore von Eberswalde zurückgelegt, bevor sie in Berlin den Faschismus endgültig besiegen konnte. Der bestialische Faschismus streckte selbst am 25. April seine Krallen aus und bombardierte das bis dahin von Kriegshandlungen verschonte Stadtzentrum von Eberswalde, dessen Bevölkerung sich schon befreit glaubte.

In den Folgejahren wurde ein Teil der Trümmer beseitigt, schwieriger war es mit den anderen faschistischen Hinterlassenschaften. Die Ältesten werden sich sicherlich an die Trümmerfrauen und an das Abklopfen der Ziegel erinnern, aber auch daran, daß auf vorhandene Lebensmittelkarten nicht immer Butter, Fleisch oder Kartoffeln zu bekommen waren. Sehr schwierig war das Ersetzen der materiellen Werte, noch langwieriger aber, ein neues Verhältnis zu den Nachbarvölkern zu gestalten.

Ehrliche Antifaschisten haben in den Nachfolgejahren unter vielen Entbehrungen ein neues Deutschland aufgebaut.

Eine große Geschichtsforschung für unseren speziellen Bereich blieb damals kaum Zeit.

Erst nach der sogenannten Wende haben wir uns dem Thema der Zwangsarbeit in unserem Gebiet zugewandt. Bekannt war, daß Zwangsarbeit in den Rüstungsbetrieben im großen Maßstab geleistet werden mußte, aber über das genaue Ausmaß waren wir im Ungewissen. Eine akribische Forschungsarbeit folgte. Erschreckend war, daß mit jeder Woche, mit jedem Monat der Umfang der zu bewältigenden Recherchen zur Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit im Finowtal nicht kleiner, sondern ständig umfangreicher wurde. Uns unbekanntes Lager tauchten auf einmal auf, verbunden mit grauenhaften Schicksalen vieler Familien, sehr junger und alter Menschen.

Bei einer Fülle von etwa 20.000 nachgewiesenen Zwangsarbeitern, verteilt von Finowfurt über Finow, Eberswalde bis Oderberg, die in den Zwangsarbeitslagern, KZ-Außenlagern und Kriegsgefangenen-Kommandos untergebracht waren, wurde der Forschungsbereich ständig größer.

Dies erklärt auch den Weg unseres Vereines, der von der Ortsgruppe »Verfolgte des Naziregimes« über die »Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde« zum heutigen Geschichtswissenschaftlichen Institut Eberswalde wuchs.

Forschungsarbeit zur örtlichen Geschichte wird umso wertvoller, wenn Jugendliche und Schüler darin einbezogen werden. Uns ist dies gelungen. Seit vielen Jahren werden Schulen wie die Schwärzeseeschule, das Humboldt-gymnasium und die heutige Oberschule Mitte einbezogen. In Arbeitsgemeinschaften und Projekttagen entstanden auf diese Weise zwei Mo-



Waclawa Galezowski, 1944/45 Häftling im KZ-Außenlager Eisenspalterei, gehörte zu den Gästen der Ausstellungseröffnung. Weitere Gäste waren u.a. die Bürgermeister von Police und Eberswalde Diakun und Boginski sowie Vertreter der Botschaften Polens und Russlands

delle, eines zum KZ-Außenlager »Eisenspalterei« und eines zum »Waldlager Britz«, dazu zählen die vielen kleinen Videoclips über ehemalige Zwangsarbeiter.

Jugendliche haben sich mit den Briefen der ehemaligen Zwangsarbeiter beschäftigt, Fragen an sie geschrieben und sehnsüchtig auf die Antworten gewartet. Noch interessanter waren die vielen Besuche der Zwangsarbeiter aus Polen, Frankreich, Rußland, Belorußland und der Ukraine. Das waren stets Geschichtsstunden aus erster Hand.

In Etappen haben wir unser Forschungspotential an Schüler- und Lehrergruppen weitergegeben. Die daran beteiligten Lehrer waren von dieser Art der Weiterbildung sehr angetan und freuten sich besonders über das von uns zur Verfügung gestellte Material. Ihr Kommentar: »Das haben wir nicht vermutet« – gemeint das Ausmaß der Zwangsarbeit, die Unterdrückung. Es wäre sehr schade, wenn hiesige Lehrer, Pädagogen unser einmaliges Angebot etwas über ihren Heimatort zu erfahren, nicht nutzen würden.

Hier sehen wir eine Möglichkeit des Schulamtes unsere Forschungsergebnisse in ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit einzubeziehen, zumal im Kreis Barnim Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit bisher nicht selten vorkamen.

Eine höhere Stufe der Geschichtsforschung haben wir seit zwei Jahren angestrebt - gemeinsame Forschung mit Jugendlichen aus Polen und Deutschland. Police und Eberswalde haben eine ziemlich gemeinsame Vergangenheit, jedenfalls was die Zeit des Faschismus betrifft.

Hinführung zum Thema Zwangsarbeit, Grabungen zum Gemeinschaftslager Finowfurt, Gewohnheiten und Ansichten von Jugendlichen aus dem Nachbarland kennen zu lernen,

war für die Beteiligten eine neue Erfahrung, eine bedeutsame Erfahrung für den Ansatz zur Herausbildung einer Einstellung zur Völkerefreundschaft und zum gemeinsamen Europa.

Wir als Institut können mit Freude und Stolz darauf verweisen, daß das Gymnasium II aus Police und die Oberschule Mitte in Eberswalde diesen wertvollen Ansatz vertraglich weiterführen werden. Die Projekte werden durch die Stadt Police und unserem Institut begleitet.

Unsere Ausstellung hat uns bei ihrer Zusammenstellung viele Kopfschmerzen bereitet. Wir hatten so viel Stoff, so viele Inhalte und viele, viele Anregungen. Wie kann man heute nachempfinden, was vor mehr als 60 Jahren den Zwangsarbeitern durch Deutsche auferlegt wurde? Wenigstens so nachempfinden, daß ein kleiner Teil jenes Erlebten heute in den Köpfen aufgenommen und verinnerlicht werden kann?

Ganze Familien wurden aus der Ukraine, Belorußland und Rußland nach Deutschland verbracht. Nur zwei Beispiele aus Briefen, die uns vorliegen: So mußte eine Mutter mit ihren Töchtern in Deutschland angekommen sich entkleiden und in der Enge des Raumes auf das Kommende warteten. Der Fußboden tut sich auf, zwei Eisenplatten gehen nach oben und der Fußboden wird zur schiefen Rutsche. Die Menschen klammern sich aneinander und rutschen trotzdem in den Schacht zur Verbrennung. Die Mutter konnte sich und ihre Kinder an einem Vorsprung der Platten festhalten. Fassungslos mußte sie dann später die Erklärung hinnehmen, es sei eine Verwechslung gewesen. Eine andere Begebenheit: Es ist ein Tag nach dem Geburtstag des damals 16jährigen Fischelew im Ardetlwerk. Im Speiseraum wird seine Bestrafung vorgelesen. Das Todesurteil wird zur Abschreckung an die Wand geheftet. Doch soll es nicht in Eberswalde vollstreckt werden. Der Junge wurde nach Potsdam zur Gestapo gebracht. Später wurde das Urteil ausgesetzt.

Das Damalige nacherlebbar machen, das ist die Kunst, eine schwierige Kunst. Wir hatten eine Reihe von Helfern, bei denen wir uns auf diesem Wege herzlich bedanken wollen: An erster Stelle möchte ich mich bei unseren Mitarbeitern bedanken, die über ihren Rahmen hinaus ihre Arbeit mit hohem Einsatz bewältigten. Seit Jahren werden wir durch das Arbeitsamt Eberswalde durch ABM- und MAE-Stellen gefördert, seit einiger Zeit auch durch die Stadt Eberswalde und dem Landkreis Barnim. Auch ihnen sei gedankt, wir haben gemeinsam etwas Wertvolles geschaffen. Nun gilt es, diesen Schatz auch sinnvoll zu nutzen, denn die Gegenwart kann man nur bewältigen, wenn man die Vergangenheit kennt und aus ihren Fehlern lernt.

HOLGER KLICHE

Nach der Rede zur Ausstellungseröffnung

Stadtwald ohne Finanzdefizit

Eberswalde (bbp). Aufgrund des gestiegenen Bedarfs an Energieholz ist derzeit Rohholz in fast jeder Qualität gut absetzbar. Die Preise haben sich ebenfalls positiv entwickelt. Im Jahr 2006 konnten daher die geplanten Einnahmen aus dem Holzvermarktung aus dem Eberswalder Stadtwald erstmals mit ca. 112 % erfüllt werden. Im Jahr 2007 wurden aufgrund der guten Marktsituation die Einschläge durch Harvester in Selbstwerbung vor allem in den jungen und mittelalten Beständen im ersten Quartal bereits verdoppelt. Wie Bürgermeister Friedhelm Boginski auf Anfrage der PDS-Fraktion mitteilte, ist es das Ziel der Mitarbeiter des Stadtwaldes, durch eine Erhöhung der Einnahmen aus der Holzvermarktung das im Haushaltsplan angesetzte Defizit von ca. 70.000 Euro auszugleichen.

Das städtische Holz soll auch für das Holzkraftwerk auf dem Hafengelände eingesetzt werden. Einen entsprechenden Vertrag mit dem HOKAWÉ gibt es seit Januar 2004. Eine Lieferung erfolgte bisher noch nicht, da sich

Kein Genfood in Kitas

Eberswalde (bbp). Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.PDS hatten die Eberswalder Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 22. März beschlossen, zur Zubereitung der in städtischen Schulen, Kindertagesstätten und anderen städtischen Einrichtungen angebotenen Speisen keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel verwendet werden sollen (vgl. BBP 4/2007). Wie der zuständige Dezernent Lutz Landmann informierte, bestätigte der Essenslieferant der Schulen und Kitas gegenüber der Stadtverwaltung, daß keine gentechnisch veränderten Lebensmittel zum Einsatz gekommen sind und auch nicht kommen werden. Der Lieferant verzichtet zudem seit 2003 weitgehend auf deklarationspflichtige Lebensmittel, das sind Lebensmittel mit Zusatzstoffen.

Neuer Sprecherrat im Brandenburgischen Viertel

Eberswalde (bbp). Im Oktober 2006 wurden im Rahmen des 2. Bürgerforums ausgewählte Projekte des »Integrierten programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzeptes« durch engagierte Bürger vorgestellt. Was nach einem halben Jahr daraus geworden ist, konnten die Gäste des 3. Bürgerforums am 24. April erfahren. Vorgestellt wurden unter anderem der fast fertige Verkehrsgarten, die Aktionsfläche am »Club am Wald«, eine Wohnhofgestaltung sowie »Jemandsländ« – Gartenparzellen für Bewohner. Silke Leuschner, Fachdienstleiterin für Stadtentwicklung, stellte den Entwurf für ein Wegenetzkonzept im Viertel vor. Anregungen und Hinweise der Bewohner des Viertels sind



die Errichtung der Anlage anfangs verzögert hatte. Inzwischen sind die damals vereinbarten Preise nicht mehr vertretbar, weshalb mit dem HOKAWÉ über eine Anpassung verhandelt wird.

Fertige Überlegungen über eine Nutzung des Stadtwaldes über die Waldbestattung hinaus gibt es noch nicht. Eine Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart ist nach Landeswaldgesetz durch die Forstbehörde zu genehmigen und wäre mit Auflagen verbunden, die den Erhalt und die Mehrung der Waldflächen im Land sichern. Für den Stadtwald Eberswalde wäre vorstellbar die Einbeziehung in das geplante Landesarboretum, das Projekt Brückenschlagen oder auch die Nutzung von Nichtholzbodenflächen für Weihnachtsbaumkulturen. Als wichtig wird außerdem der Ausbau der touristischen und Naherholungsnutzung und der Bildungsbereich, z.B. in Zusammenarbeit mit dem Wald-Solar-Heim oder die neue Waldwandergruppe der Kita »Sputnik«, angesehen.

Strausberg gentechnikfrei

Strausberg (bbp). Die StVV Strausberg hat Anfang April beschlossen, die Pächter landwirtschaftliche Flächen der Stadt bei Neuverpachtung oder Vertragsänderungen vertraglich zu verpflichten, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten. In städtischen Gemeinschaftseinrichtungen, wie Schulen und Kindergärten, sollen ausschließlich gentechnikfrei produzierte Nahrungsmittel angeboten und bei der Zubereitung von Essen verwendet werden. Verstärkt sollen ökologisch produzierte Lebensmittel aus der Region in den Kantinen der städtischen Gemeinschaftseinrichtungen sowie bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Strausberg berücksichtigt werden. Ähnliche Beschlüsse faßte die StVV Eberswalde im Juni 2005 und im März 2007.

ausdrücklich erwünscht. Ein weiterer wichtiger Punkt der Veranstaltung war die Wahl des neuen Sprecherrates »Soziale Stadt«. 23 Bürger und Einrichtungen erklärten sich bereit, im Sprecherrat mitzuarbeiten und sich so aktiv an der Gestaltung und Entwicklung des Viertels zu beteiligen.

Der Eberswalder Stadtförster antwortet: Warum Holzeinschlag?

Eberswalde (prest-ew). In den vergangenen Wochen wurden im Stadtwald Eberswalde im stadtnahen Bereich Holzerntemaßnahmen durchgeführt. In der Folge meldeten sich besorgte Bürger, die um den Fortbestand des Stadtwaldes fürchten und Bedenken haben, daß hier über die Maßen Holz geschlagen wurde. Um Mißverständnissen vorzubeugen, erläutert Stadtförster Wolfram Simon die Holzeinschlagsmaßnahmen:

Im Wesentlichen wurden im vergangenen Winterhalbjahr zwei große Einschläge durchgeführt: Südlich von Eberswalde, in der Oberheide, Nähe Schützenplatz, wurden Buchen und Eichen eingeschlagen. Das langfristige Entwicklungsziel ist die planmäßige Einleitung der Verjüngung in den alten Beständen.

Auch die nachfolgenden Generationen sollen gesunde, standortgerechte Waldbestände, die sowohl dem Schutz der Eberswalder Bevölkerung als auch der Erholung der Menschen und natürlich der Holzbereitstellung dienen, haben.

Deshalb wurde da, wo bereits kleine Buchen, Eichen und Ahorn wachsen, Licht geschaffen. Gleichzeitig wurden alte Eichen, die unter dem extrem trockenen Jahr 2003 gelitten haben, jetzt abgestorben sind und somit eine Gefährdung der Waldbesucher im Erholungsgebiet Oberheide darstellen, gefällt.

Es besteht die Hoffnung, daß die nächste Generation Laubwald, die jetzt wächst, bereits besser an die sich verändernde Klima- und vor allem Niederschlagsbedingungen angepaßt sein wird.

Nördlich von Eberswalde wurden vor allem in Nordend und an der Angermünder Straße mittelalte Kiefernbestände mit einer modernen Holzerntemaschine gepflegt. Das Ziel ist hier, die vor längerer Zeit gepflegten Waldbestände erneut zu durchforsten, den Anteil geschädigter und durch den Prachtkäfer abgestorbener Bäume zu entnehmen und dem Bestand auch hier Licht und Luft zu verschaffen, damit sich die verbleibenden Bäume besser entwickeln können. Gleichzeitig werden die bereits vorhandenen Laubbäume gefördert, um langfristige Mischbestände zu haben.

Der Eberswalder Stadtwald ist PEFC-zertifiziert. Das heißt, die Stadt hat sich freiwillig verpflichtet, ihre Wälder nach den Grundsätzen einer naturnahen und nachhaltigen Forstwirtschaft entsprechend den Kriterien der Zertifizierung zu bewirtschaften. Neben vielen anderen Verpflichtungen bedeutet das auch, keine Kahlschläge zu führen und den Wald als wertvollen Teil unserer Umwelt zu erhalten und zu pflegen. Und daran hält sich der Stadtförster mit seinen Mitarbeitern.

Gerne beantwortet Stadtförster Simon Fragen zur Bewirtschaftung des Stadtwaldes. Er ist wochentags zu erreichen unter der Mobil-Nr. 0172-3143863 und es kann auch ein Termin mit ihm vereinbart werden.

Klimalüge oder unbequeme Wahrheit?

Am 26. April hatte die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zu einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion in die Aula der Fachhochschule Eberswalde eingeladen. Der Film des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore »Eine unbequeme Wahrheit« wurde gezeigt. Die Bündnisgrünen leiteten daraus die Forderung »Klimaschutz jetzt!« ab. Darüber diskutierten in der von der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm moderierten Veranstaltung der Fraktionsvorsitzende Fritz Kuhn mit Dr. Manfred Stock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. BBP-Leser PETER SPANGENBERG war unter den Gästen.

Unterstützt von den Bildern des Films gehe ich von folgenden Fakten aus: Das Eis der Polkappen und Hochgebirgsgletscher schmilzt gewaltig und ansteigender CO₂-Gehalt in der Luft hat mit nachfolgender Erwärmung schon etwas zu tun, so normal eine erhöhte CO₂-Produktion auch bei vorausgehend höheren Temperaturen sein mag. Das eine kann man nicht mit dem Vorhandensein des anderen widerlegen. Wie hoch wir Menschen nun den Eigenanteil am Einheizen einschätzen wollen, ist letzten Endes egal – auch wenn der Film selbst eindeutig menschliche Schuld unterstellt. Die Frage ist nicht mehr, was wir dafür können. Diese Frage hätte sich – wenn überhaupt – vor 100 Jahren gestellt. Nun geht es eigentlich nur noch darum:

1. *Wie bereiten wir die voraussichtlich klimatisch begünstigten oder wenigstens zumutbaren Regionen der Erde auf den Zulauf von einigen Hundert Millionen Flüchtlinge aus neuen nordeuropäischen Eiszeit-Landschaften (wegen des abreißenden Golfstroms wegen Verdünnung des Salzwassers durch Grönlands ehemalige Eisberge), neuen Überschemmungsgebieten (fast alle Metropolen liegen an heutigen Küsten und somit bald unter Wasser) und neuen Dürregegenden (Brandenburger Wald wird es vermutlich in 30 Jahren nicht mehr geben, da der Niederschlag von künftig 200 - 350 mm pro Jahr dazu nicht mehr ausreicht) vor? Wie machen wir den Eskimos in Grönland, Kanada und Sibirien den Zuzug von ganzen Südvölkern schmackhaft? Wo werden wir unterkommen? Wen lassen wir zu uns nachrücken?*

2. *Wie organisieren wir die ausreichende und bezahlbare Versorgung dieser zuwandernden oder bleibenden Leute trotz versiegender Flüsse, die aus abgeschmolzenen Gletschern und verdorrten Bergwäldern in vielen Gegenden nicht mehr zu Tal fließen werden? Welche Bau- und Buddelarbeiten sollten wann begonnen und wann fertig sein? Wieviel Wasserreserve muß über oder unter Tage gebunkert werden?*

3. *Wie stellen wir die Versorgung der weiter rapide steigenden Weltbevölkerung sicher, wenn die Anbaufläche weiter so rasch zurückgeht bzw. an Ertragswert weiter so rasch abbaut?*

Und wenn wir einen relevanten menschlichen Eigenanteil unterstellen, also nicht jedes Grad Erwärmung einfach dem Sonnengott mit seinen zyklisch fleckigem Gesicht in die Schuhe schieben wollen:

4. *Was können wir selbst tun, um jetzt und sofort unseren Eigenanteil herunterzufahren.*

Und wenn wir mal vom hohen Roß des diesmal vermutlich mitbetroffenen Westeuropäers runterkommen, stellt sich vielleicht die Frage:

5. *Haben wir das Recht, den Jakuten, Tschuktschen und Neufundländern eine vorausgesagte Erwärmung ihrer heute eher unwirtlichen Heimat vorzuenthalten? Immerhin hatten wir Jahrtausende lang das Wetter auf unserer Seite. Nun fallen unsere Immobilienpreise vielleicht, aber anderswo entwickelt sich eine neue Volkswirtschaft zur Hochkultur.*

Die Organisatoren der Veranstaltung beschränkten sich jedoch auf eine halbherzige Diskussion von Punkt 4. Halbherzig mußte selbst diese eingegrenzte Diskussion werden, da der Sinn der Veranstaltung offenbar im Spagat zwischen Wahlkampf für Bündnis 90/GRÜNE und der Frage Nr. 4 lag. Fettnäpfchen wie ein auf 25 Jahre hinausgeschobener Atomausstieg oder umweltfeindliche Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland unter rot-grüner Regierung wurden als Störfaktoren betrachtet und professionell mit einem klaren Jein umschiffert. Überhaupt wurden Fragen von Gästen der Veranstaltung an die beiden grünen Spitzenfunktionäre nie sofort und direkt beantwortet, sondern zu einem Meinungsbrei mehrerer Beiträge verdichtet und dann mit geübt wirkenden Kurzreden vom Podium kommentiert.

Natürlich war man im Podium auch gegen überhöhte Bahnpreise und den Streckenstilllegungen. Das kostet bei Oppositionsparteien ja nichts und bringt im Nu Wählerstimmen. Und beim nächsten Mitregieren würde man sicher wieder und sogar noch hundertprozentiger auf die Umsetzung von Wahlversprechen achten, dachte ich mir im Stillen dazu.

Es wurden – trotz aller Überzeugungsarbeit, daß die Erwärmung rein auf menschliche Ursache zurückzuführen sei – erstaunlicherweise weder Ursachen für eine global so verheerende Bevölkerungsexplosion, Naturzerstörung und die bereits aus allen Haarrissen pfeifende Zinsbombe der Weltwirtschaft angerissen noch Lösungen für solche Ursachen angedacht. Man konzentrierte sich lieber auf die unverschämten Stand-by-Energieverluste bei gerade nicht

benutzten Elektrogeräten und schlug uns Gästen eine zwangsweise Verschrottung aller Haushaltsgeräte und deren gesetzlich erforderlichen Ersatz mit jeweils energiegünstigeren Neugeräten – im Dreijahresrhythmus – vor. Abgesehen von der Frechheit erwähne ich nur, daß auch die Herstellung einer Waschmaschine ordentlich Energie verbraucht. So ein Blech walzt und stantzt sich nicht allein. Chips, Plasteteile und Kabel, Gerätetransport und Leuchtreklame für jedes neue Modell kostet auch Energie.

Das alles wurde uns jedoch so nicht erklärt. Vielleicht, weil es ein so spontaner Spargedanke war, daß ihn der Redner selbst kaum in der Sekunde erfassen konnte? Andererseits – hier saß nicht irgend ein Ortsgruppen-Kassenwart, sondern kampferprobte Prominenz. Politische Profis sagen gewöhnlich nur das, was ihnen die PR-Abteilung auch abgesegnet hat.

Damit war für mich diese grüne Partei – soweit im Podium jedenfalls erkennbar – eindeutig angekommen im Kreis der auf ewiges Wachstum setzenden Volksparteien. Wie man das mit Ökologie zu verbinden gedenkt? Na offensichtlich durch solche Verkaufsfördergesetze zu Gunsten des deutschen Industriekapitals.

Die Veranstaltung endete mit der Aufforderung, noch öfter als bisher zu solchen Veranstaltungen zu erscheinen. Ich hätte eine Empfehlung zum Besuch des Energiespartags vom Energiesparkontor Barnim am Samstag, die sicher mehr bewirkt hätte als solche plumpe Aufforderung zur Teilnahme an Parteiwerbeveranstaltungen, für anständiger gehalten. Der Film jedoch gefiel mir gut – auch wenn ich Al Gore ebensowenig wie unseren Bundestags-Politikern über den Weg traue. Vor allem ein Satz von Mark Twain blieb hängen: *Es ist sehr schwer, einen Menschen von etwas zu überzeugen, wenn sein Gehalt davon abhängt, es nicht zu glauben.*

Inwieweit das auch für grüne Politiker zutrifft, mag jeder mit sich selbst ausmachen.

Vollversion unter: www.psverlag.de/artikel.

Energiesparen: Jetzt geht es los!

Den großen Worten der Politiker zum Energiesparen in den letzten Wochen folgen jetzt erste Taten. Neubauten müssen künftig mit 30 Prozent weniger Energie auskommen als bisher, erklärte Bauminister Tiefensee. »Die beste Energie ist die, die eingespart wird«, sagte er. Bundespräsident Köhler und Minister Tiefensee riefen zum Energiesparen auf. Der Energiepaß für Gebäude soll beschlossen werden. Das Bauministerium rechnet vor: Wenn alle Häuser in Deutschland energetisch saniert würden,

dann könnten bis 2020 zwischen 20 und 40 Milliarden Euro eingespart werden. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs kündigte an, daß bis zum 1. Juni 2007 alle EU-Mitglieder einen Energieeffizienz-Aktionsplan vorlegen müssen. Greenpeace forderte ein Verbot für herkömmliche Glühbirnen und stärkere Effizienzstandards, »das wäre ein wichtiges politisches Signal.« Ersetze man in der EU alle Glühbirnen durch Sparlampen, wären 25 Kraftwerke überflüssig.

FRANZ ALT (www.sonnenseiten.de)

»Soldat Mensch«

»Warum sitzt die Frau die ganze Zeit da hinten am Tisch und isst?« Leichte Irritation beim jugendlichen Publikum. »Wenn der Soldat so herumgeschrien hat, dann habe ich immer auf sie geschaut. Das war beruhigend!« Ein aufwühlendes Stück wurde aufgeführt vom »Theater Frankfurt« im Saal des Tourismuszentrums im Familiengarten: »Soldat Mensch«.

Unangenehm berührt von den Gefühlsausbrüchen der dargestellten Personen schwankten einige der jüngeren Schüler zwischen unsicherem Kichern und betretenem Schweigen. Was geschieht dort auf der Bühne?

Andreas kehrt aus dem Krieg zurück. Er kommt nicht los von seinen schrecklichen Erlebnissen. In seinem Denken und Tun mischen sich Erinnerung und Realität. Weder Konstanz noch seine Mutter können ihm helfen. Der Wunsch nach Normalität, nach einem Leben nach und ohne dem Krieg geht nicht in Erfüllung. Schicke Uniformen, viel Geld, Privilegien nach dem Einsatz – am Ende zählt nichts davon. Andreas hat getötet. Er war Soldat.

Schwer verdaulich, wenn er sagt: »Dem Soldaten in mir will ich vergeben, dem Menschen nicht.« Nichts wäscht seine Schuld ab, obwohl er es immer wieder versucht. Er geht daran zugrunde.

Und die gut gekleidete Dame am Tisch war dabei. Unbeteiligt? Scheinbar nur, meinten ei-

nige junge Leute im anschließenden Gespräch mit den Darstellern und Musikern. Was erfahren wir selbst Tag für Tag? Essen wir weiter, wenn im Fernsehen ein Bericht über das Morde in fernen Ländern die Rede ist?

Welche Verantwortung trägt jeder von uns dabei?

Das Stück berührt und fordert das Publikum zum Nachdenken auf. Im Deutschunterricht behandle ich mit meinen Schülern der 9.Klasse gerade »Die Abenteuer des Werner Holt« und damit die inneren Konflikte einer Generation, die meist älter ist als die ihrer Großeltern.

»Soldat Mensch« liefert Gesprächsstoff für das Leben junger Menschen von heute. Krieg gab es damals, aber es gibt ihn auch jetzt. Und wenn der Soldat aus Afghanistan zurückkehrt, dann ist der Krieg nicht weit weg, dann hat er ihn mitgebracht.

Ich wünschte mir, daß mehr solch berührende Stücke für Jugendliche zur Aufführung kommen und daß Schulen dieses Angebot nutzen. Ein Stück, dessen Aufführung in Frankreich vor internationalem Publikum großen Anklang fand, weckte in Eberswalde das Interesse von nur 30 Personen, von einer Berufsschul- und einer Oberschulgruppe. Das empfinde ich als sehr bedauerlich.

ANKA RAHN,
Oberschule MITTE Eberswalde

Zweite Bücherübergabe in diesem Jahr

Eberswalde (kjp). Am 20. April übergaben Vertreter des sich in Gründung befindenden KJP knapp an die 100 Bücher an die Kita »Sonnenschein«. Das war bereits die zweite Bücherübergabe in diesem Jahr. Im März bekam die Grundschule »Schwärzese« eine ähnliche Anzahl von Kinder- und Jugendbüchern für ihre Bibliothek.

»Diesmal waren es jedoch entsprechend des jüngeren Alters der Kinder vor allem Malbücher«, sagt Martin Hoeck vom KJP, »aber auch von Biene Maja bis Pitti Platsch ist einiges dabei«. Die Kandidaten des Jugendparlamentes hatten sich entschieden, Schulen und Kitas in ihrer Arbeit

zu unterstützen. »Es ist schön zu sehen, wie sich Kinder auch über kleine Geschenke noch freuen können«, sagt Kristian Stelse zu dieser Bücherübergabe.

Aber diese Aktionen sollen noch etwas deutlich machen. Und zwar sollen sie den Stadtpolitikern zeigen, daß die Gründung des KJP ernst gemeint ist. Die derzeit 18 Kandidaten für das KJP sind Jugendliche, die sich für unsere Stadt einsetzen wollen. »Doch dafür brauchen wir die Hilfe der Stadtverordneten. Es liegt in deren Händen ob und wie schnell das KJP gegründet wird«, erhofft sich der Initiator Martin Hoeck kommunalpolitische Unterstützung.



Die beiden Kandidaten für das Kinder- und Jugendparlament, Kristian Stelse und Martin Hoeck übergeben zum zweitenmal in diesem Jahr Bücher. Diesmal an die Kinder der Kita »Sonnenschein«.

Neue Linke Barnim

Die Arbeitsgruppe »Neue Linke Barnim« hat sich in ihrer Beratung am 23. März mit dem veröffentlichten Beitrag von Gregor Gysi »Ein moderner Sozialismus« (Auszug aus dem Vortrag an der Marburger Universität, ND vom 3./4. Februar 2007) und der Entgegnung von K. Blessing und M. Werner »Jetzt also ist die Katze aus dem Sack« (ND vom 10./11. Februar 2007) befaßt. An der Beratung beteiligten sich G. Klaue, H. Steinbach, M. Arnold und H. Schäfer. Die WASG-Mitglieder der AG waren entschuldigt, ihr Sprecher mußte auf Grund seiner Teilnahme als Delegierter des 5. Bundestages der WASG absagen.

Die Teilnehmer konstatierten, daß den Thesen von G. Gysi im Prinzip zugestimmt werden kann, während es sich seine Kritiker u.E. zu einfach machen und sogar zu Unterstellungen greifen. Im Zusammenhang mit in den letzten Wochen erfolgten Veröffentlichungen oder Entscheidungen hat sich die Arbeitsgruppe in der Zusammensetzung darauf verständigt, die inhaltlichen Aussagen des »Forum demokratischer Sozialismus« zu unterstützen, aber davor zu warnen, in eine neue Form einer Avantgarde-Rolle zu geraten. Zugleich wird durch die Arbeitsgruppe die historische Dimension der Verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG hervorgehoben und die Rolle von Oskar Lafontaine dabei gewürdigt.

In Einzelfragen kann man sicher anderer Auffassung als er sein, aber sein Engagement für die neue Linkspartei steht wohl außer Frage. Dabei sollte niemand von uns vergessen, daß selbst die SED (formal) und besonders die PDS auch in sozialdemokratischer Tradition standen. Im übrigen wurde dazu auf den Beitrag von André Brie in der März Ausgabe des »Disput« verwiesen.

Weiterhin äußerten die Teilnehmer die Meinung, daß bei aller abzulehnenden Rigidität in den Aussagen von Lucy Redler (»Die PDS hat sich nicht bewegt«, Interview im ND vom 20.03.2007) doch einige Gedanken von ihr zu Regierungsbeteiligungen und zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie zur Perspektive der neuen Linkspartei insbesondere im Westen in der weiteren inhaltlichen Diskussion nach Gründung dieser Partei berücksichtigt werden sollten. Dies trifft nach unserer Auffassung auch auf einige Thesen aus dem Diskussionspapier »Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte« zu, der als Antrag an die 5. Tagung des 10. Landesparteitages DIE LINKE.PDS Berlin im Februar abgelehnt wurde. Wir hielten es für bedauerlich, wenn solche Gedanken und Thesen in der Programmdiskussion der neuen Linkspartei keine Rolle spielen würden.

Am 20. April beriet die Arbeitsgruppe wieder in Biesenthal mit dem Ziel, aus den Ergebnissen der beiden Parteitage in Dortmund zu versuchen, Schlußfolgerungen für unsere weitere Arbeit zu ziehen.

Linke Opposition

Am 26. März traf sich der Landesverband Brandenburg des Netzwerkes Linke Opposition (NLO) in Eberswalde zu seinem 4. Treffen. Wie bei den vorigen Treffen waren neben den Mitgliedern des NLO wieder Vertreter von sozialen Initiativen gekommen, um das NLO kennen zu lernen. Auf der Tagesordnung standen u.a.: Bericht vom Bundes-NLO-Rats-Treffen, Diskussion über die weitere Arbeit des NLO in Brandenburg und über die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen.

Auch die Diskussion zur provisorischen politischen Plattform wurde weitergeführt. Dabei gab es keine inhaltlich-politischen Differenzen. Im Gegenteil: Alle Mitglieder sprachen sich für eine klar antikapitalistische und sozialistische Orientierung des NLO und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei aus. Bezüglich der weiteren Arbeit des NLO kam man überein, daß die Arbeit in örtlichen/regionalen Gruppen vorangetrieben wird. Dabei soll es v.a. darum gehen, das NLO besser bekannt zu machen und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Dazu sollen Veranstaltungen durchgeführt, Flyer verteilt und in politische Ereignisse (z.B. 1.Mai) eigenständig eingegriffen werden. Schwerpunkt der Orientierung soll dabei die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm sein. Das nächste Landestreffen findet am 7. Mai um 18 Uhr, wieder im Eberswalder Mundshof (Schicklerstr. 1) statt.

JAN NOACK

Gedenken an Opfer des Kalten Krieges

In der gegenwärtigen Zeit, in der vor allem Geschichte umgeschrieben, verschwiegen oder gefälscht wird, ist es wichtig, besondere Ereignisse und ihre humanistische Wertung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

So hatten sich am Karfreitag, dem 6. April, gut 40 Eberswalder und einige Gäste aus Bernau und Potsdam im Stadtpark Finow getroffen, um den Piloten Boris Kapustin und Juri Janow zu gedenken, an die an dieser Stelle eine Marmor-Tafel erinnert.

Die beiden Sowjetsoldaten verloren ihr Leben, weil sie am 6. April 1966 statt von ihrer havarierten JAK 28 mit dem Fallschirm abzuspringen, eine Notlandung versuchten. Sie wollten den Absturz der führerlosen Maschine über dichtbesiedeltem Wohngebiet in Westberlin verhindern. Waldemar Hickel von der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft umriß kurz das damalige Ereignis, wobei er mit vielen neuen Einzelheiten aufwarten konnte. Danach wurden Blumen niedergelegt.

Anschließend traf man sich mit weiteren Interessierten auf dem Gelände des Luftfahrtmuseums Finowfurt am Gedenkstein vor einer JAK 28, jenem Typ, mit der der Absturz erfolgte. Hier hatte Dr. Klaus Peter Kobbe, der Leiter des Museums, viele Fragen zu beantworten, vor allem ausgelöst durch eine RBB-Sendung mit sehr spekulativen Behauptungen zu dem Ereignis am Himmel über Berlin vor 41 Jahren.



Blumen am Gedenkstein im Luftfahrtmuseum Finowfurt. Dahinter eine JAK 28, wie sie Boris Kapustin und Juri Janow vor 41 Jahren flogen.

Frau Ivaschtschenko aus Bernau, ehemalige Einwohnerin der Heimatstadt von Kapustin, übergab dem Museum etliche Dokumente, die sie vom letzten Besuch in Rostow am Don mitgebracht hatte, u.a. einen persönlichen Brief der Witwe an das Museum.

Nach angeregten Gesprächen waren wir uns einig, daß weitere Fakten zusammengetragen werden, um der Geschichtsfälschung entgegenzutreten und das zutiefst menschliche Verhalten der Piloten zu würdigen.

KURT BERUS

Die Befreiung der Stadt Rostock im Mai 1945

von Kurt Gempin

Die russische Artillerie begann sich auf Rostock einzuschließen. Bald brannte das Rathaus und wenig später hörten wir, daß sich die Stadt kampflös ergeben hatte. Von unserem Flüchtlingszug aus sahen wir lange Panzerkolonnen aus der Stadt westwärts rollen und bald hieß es, »die Russen kommen«.

Sie kamen bis an den Zug. Es waren vier höhere Offiziere. Ich kam mit einem Eimer Wasser daher. Vorher mußte ich an zwei anderen Offizieren vorbei, die bewaffnet auf den Schienen standen. Der eine sagte »Halt« und zeigte auf den Eimer. Ich begriff, daß er trinken wollte und reichte den Eimer hoch, den er vorsichtig zum Munde führte. Der zweite lehnte auf meine Frage, ob er auch trinken wolle, ab. So ging ich weiter zum Zug. Als ich dort ankam, waren die ersten Offiziere schon da. Ich hörte, wie einer sagte: »Stadt kapituliert, Hitlär kaputt. Bittä gehen in Lager nach Stadt. Dort viel zu essen, das Sie sech hollen.«

Bald waren viele unterwegs. Alle mit Eimern, Taschen und Decken. Ich hatte immer noch den Eimer. Es waren zwei bis drei Kilometer zu laufen, immer an den Gleisen entlang. Wir vermuteten richtig, daß es die Belohnung dafür war, daß sich Rostock ergeben hatte. Trotzdem waren wir sehr überrascht, hieß es

doch immer, daß die Russen die Bevölkerung grausam behandeln würde. Hier jedenfalls war es nicht so und überall, wo wir hinkamen, war es nicht anders. Besonders zu den Kindern waren die Soldaten seelengut. Und nun konnten wir uns Lebensmittel in unvorstellbaren Mengen holen. Da lagen heile und kaputte Säcke mit Mehl, Zucker, Gries und Nudeln, mit Hartzwieback, Tubenkäse, Bonbons und Schokolade, mit großen und kleinen Fleischbüchsen, Salamis, Speckseiten und Schmalz, lose und verpackt, massenhaft herum.

Ich wußte nicht, was ich zuerst nehmen sollte. Schließlich stopfte ich beide Jackentaschen mit Zwieback voll. Mehr hatte ich nicht bei mir. Aber plötzlich sah ich meinen Vater, wie er in einer großen Decke Fleischbüchsen einsammelte. Ein russischer Soldat half ihm, die Ladung über die Schulter zu heben, und wir zogen ab. Nun hatten wir wochenlang zu essen, denn Kartoffeln fanden wir in abgestellten Güterwagen, ebenso wie Mohrrüben und Kohl.

Noch öfter begab ich mich auf den Weg zum Lager, aber ich fand es nicht mehr. Wie ich später hörte, war es geschlossen worden. Einmal kam ich mit einem Pappheimer Kunsthonig, zwei Broten und einigen Tüten Bonbons in unserer Unterkunft an.

Täglich kamen Russen, um Freiwillige für Arbeiten zu suchen. Gezwungen wurde niemand. Wir Jungen boten uns immer an, während die Mädchen und Erwachsenen daheim blieben. Die Arbeit war nicht schwer, aber was es war, das weiß ich heute nicht mehr.

Alle bekamen zur gegebenen Zeit einen Supereintopf mit viel Fleisch aus den russischen Feldküchen und viel Brot dazu. Auch zum Mitnehmen in mitgebrachte Gefäße reichte es.

Wir kamen uns vor, wie im Schlaraffenland! Wenige Tage danach flatterten unzählige Flugblätter herab. Jeder wollte sie lesen und griff danach. Darauf stand in großen Buchstaben: »Deutschland bedingungslos kapituliert.«

Es war wie eine Verheißung des Himmels. Keine Angst mehr vor Bomben, kein Grauen mehr in Luftschutzkellern und endlich, endlich Frieden! Genauso dachten auch die Sieger, denn auch sie hatten den Krieg nicht gewollt und schickten genau solche Dankesworte zum Himmel, wie die Besiegten.

Und so wie in Rostock war es in allen Städten, wo wir hinkamen. In Wolgast, Stralsund, Greifswald und Stettin. Überall entstand neues Leben und überall zog der Frieden ein. Langsam erst, aber schon spürbar.

Rostock machte für uns den Anfang.

»Das hat's bei uns nicht gegeben«

Ausstellung zum Antisemitismus in der DDR

Die Ausstellung wird am Sonnabend, den 5. Mai, um 15 Uhr im Museum in der Adler-Apotheke (Eberswalde) eröffnet. Neben der Projektleiterin Heike Radvan wird Anetta Kahane, die Vorsitzende des Vorstandes der Amadeu Antonio Stiftung, anwesend sein. Führungen für Schulklassen sind möglich. Vor dem Abschluß am Pfingstsonnabend findet am Donnerstag, den 24. Mai, ein Vortrag mit Diskussion mit dem Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Ausstellung Dr. Thomas Haury statt.

Die Ausstellung beleuchtet einen Teil der deutschen Geschichte, der tatsächlich einem Tabu unterlag: Antisemitismus in der DDR. Daher heißt die Ausstellung auch: »Das hat's bei uns nicht gegeben!«. Tabu bedeutet, daß sein Gegenstand verschwindet, unsichtbar wird, sich einfach in Nichts auflöst. Das ist etwas anderes als Ächtung oder Verdrängung. Tabu heißt in diesem Fall, daß Juden, jüdische Opfer und die Rolle des Antisemitismus verschwinden. Sie fanden gerade so wenig Erwähnung, daß niemand sagen konnte, sie seien ganz verschwiegen worden – das wäre aufgefallen.

Was hat dieser Teil der Geschichte mit dem Heute zu tun? Wir wissen inzwischen, wie Tabus wirken. Sie lösen ihren Gegenstand nicht auf, sondern konservieren ihn auf lange Zeit. Wenn also heute besonders in Ostdeutschland Rechtsextremismus in vielen Landschaften blüht, dann ist diese besonders strikte Form von Verdrängung dafür sicher ein Grund. Gewiß nicht der einzige, aber ein wichtiger. Und die Tatsache, daß darüber in einer breiteren Öffentlichkeit wenig gesprochen wurde, ist Teil dieser Verdrängung, die beiden Gesellschaften eigen ist – der ostdeutschen wie der westdeutschen. Deshalb scheint es gerade bei Themen wie Antisemitismus und Rechtsextremismus eine Art Volkssport in Ost und West zu sein, mit dem Finger auf den jeweils anderen zu zei-

gen, statt vor der eigenen Türe zu kehren. Die Ausstellung ist gerade deshalb besonders wichtig. So wenig wie bereits alles dazu im Westen gesagt wurde, so wenig kann sich der Osten für alle Zeiten dem langen Prozeß der Auseinandersetzung entziehen. Und damit vielleicht der Überwindung von Rechtsextremismus und Antisemitismus etwas näher kommen.

Dies ist die erste in dieser Weise umfassende Ausstellung zu dem Thema und die Amadeu Antonio Stiftung sind sehr stolz, daß ausgerechnet ostdeutsche Jugendliche in ihren Städten und Gemeinden damit begonnen haben. 76 junge Leute, die meisten Schülerinnen und Schüler, recherchierten in ihren Kommunen, gingen in Stadtarchive oder werteten Material aus der Stasi-Unterlagen-Behörde aus. Sie befragten Bewohner zu verschwundenen jüdischen Friedhöfen, machten Interviews mit Zeitzeugen oder wühlten sich durch Archive der DDR-Presse. Sie taten das mit großen Interesse und Leidenschaft. Und mit beeindruckendem Erfolg: Sie haben berührende und erschütternde Dokumente gefunden und sie haben gezeigt, daß sie es wissen wollen. Und daß sie es können, allen Widerständen und dem Tabu zum Trotz. Endlich.

KAI JAHNS,

Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit bei der Stadt Eberswalde

Sommer in der Mühle 2007

Der »Sommer in der Mühle«, die traditionelle Veranstaltungsreihe des Kunstvereins »Die Mühle e. V.« kann vorerst nicht in der Zainhammermühle stattfinden. Vorstand, Mitglieder und Stadverwaltung hatten auf einer Mitgliederversammlung am 21. April nach einem Ausweichobjekt für die Ausstellungen gesucht.

Zwei Tage später fiel nach Begehungen des Blechen-Hauses im Familiengarten und der St. Georgs Kapelle/Kleine Konzerthalle die Entscheidung für die St. Georgs Kapelle. Das für Ausstellungen sehr gut geeignete Blechen-Haus steht im Mai leider nicht zur Verfügung.

Bei der Ortsbesichtigung der idyllischen Kapelle fühlten sich die Müller sogleich heimisch: Feuchte Kälte schlug ihnen aus dem inzwischen selten genutzten Haus entgegen, Spinnweben, Staub und Schimmel warten in allen Ecken auf den Frühjahrsputz und so manchem bröckelnden Backstein sieht man die wechselvolle Geschichte der Kapelle an. Der zur Verfügung stehende Raum ist viel kleiner als in der Mühle und das technische Hinterland der

Werkstatt fehlt. Sicher muß viel improvisiert werden. Der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellte Raum sichert aber die 1. Ausstellung des Mühlensommers.

Am 1. Mai um 14.30 Uhr wird die Ausstellung »Hochform« eröffnet. Gezeigt werden Malerei, Grafik, Holz- und Keramikarbeiten. Für die Vernissage werden kulturelle Begleitung und Erfrischungen vorbereitet. Sicher gibt es auch die neuesten Informationen über die Zainhammermühle und den Verein. Viele Gründe also, sich am 1. Mai, einen Spaziergang zur St. Georgskapelle vorzunehmen. Der Verein freut sich auf viele Besucher und hofft auf Vorschläge, z. B., wo die folgenden Ausstellungen stattfinden könnten, auf Ideen zur Sanierung der Zainhammermühle, wenn die Fragen des Eigentümers und des baulichen Zustandes endgültig geklärt sind und auch auf Spendenangebote. Zum im Jahresprogramm angekündigten »Tag des offenen Ateliers« am 5. und 6. Mai wird die Ausstellung in der St. Georgs Kapelle geöffnet sein. Dr. ECKHARD GROLL

Hightech-Bedürfnisanstalt

In den nächsten Tagen ist es soweit. Auf dem Eberswalder Marktplatz wird die neue Bedürfnisanstalt mit technischen Neuheiten in Betrieb gehen. Die »Barnimer Bürgerpost« sprach dazu mit Dr. Peh, dem Geschäftsführer der Firma Eiwecko (EC) GmbH:

BBP: Herr Dr. Peh, was ist das Neue an der Bedürfnisanstalt?

Dr. P.: Erstmals wird unser Model IEW (innovatives elektronisches WC) zum Einsatz kommen. Es ist mit vielen neuartigen Sensoren ausgestattet. Diese messen und erfassen zunächst den CO₂-Ausstoß, der bei unserer angebotenen Dienstleistung entsteht. Die Daten werden dann per Funk zu unserem zentralen Rechner übertragen und dort verarbeitet. Der Kunde erhält sofort per Display das Ergebnis angezeigt, einschließlich des Preises, den er künftig nach der von der Bundregierung geplanten Erweiterung des Emissionshandels für seinen CO₂-Ausstoß zu zahlen hat.

Wie soll die Bezahlung technisch realisiert werden?

Es läuft alles wie gewohnt ab. Sie zahlen fünf Euro in Münzen ein und erhalten nach Beendigung der Dienstleistung vier Euro vom Münzwechsler zurück. Nach der Einführung des Emissionshandels wird zusätzlich der Betrag für das Verschmutzungsrecht je nach gemessener Menge abgezogen.

Was passiert, wenn die Verschmutzungsrechte mit den verbleibenden vier Euro nicht abgegolten werden? Und was kann ich tun, wenn mich das Bedürfnis überkommt und ich nicht Münzen in ausreichender Zahl dabei habe?

Vier Euro sind die Obergrenze, die Ihnen für den CO₂-Ausstoß in Rechnung gestellt werden. Den darüberliegenden Betrag übernimmt die Firma EC. Als Rabatt gewissermaßen.

Wir haben mit dem örtlichen Sparkasseninstitut eine Partnerschaft geschlossen. Ab dem 1. April wird es die clo(u)card Premium (5 Euro) und die clo(u)card Gold (10 Euro) geben. Diese können am IEW wie bei einem Geldautomaten benutzt werden.

Für die Zukunft verhandeln wir zudem mit einem großen Lebensmittelmarkt. Dabei geht es um die Herausgabe von Rabattkarten. Wir könnten dann anhand der von Ihnen gekauften Lebensmittel Ihren CO₂-Ausstoß vorhersagen und dann mit den realen Ergebnissen vergleichen. Die wäre ein Anreiz, gleich beim Einkauf auf CO₂-ausstoßarme Lebensmittel zu achten. Aber, wie gesagt, das ist noch Zukunftsmusik.

Herr Dr. Peh, gestatten Sie noch eine letzte Frage. Was passiert, wenn bei der Kartenzahlung eine technische Störung, wie z.B. Stromausfall, eintritt?

Naja, dann haben Sie eben (k)eine Scheiß-Karte!

Danke für das Gespräch. Wir wünschen dem IEW viel Erfolg in Eberswalde.

Das Interview für die »Barnimer Bürgerpost« führte P. Ullrich.

»Radeln für den Mindestlohn«

Veranstaltung der AfA Barnim zum 1. Mai 2007

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Barnim (AfA Barnim) nimmt am 1. Mai in Eberswalde am Demonstrationszug des DGB und seinen Einzelgewerkschaften teil.

Danach findet wieder die traditionelle Sozialtour der AfA statt, die im Anschluß an die Kundgebungen um 13 Uhr vom Eberswalder Marktplatz startet. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich dazu eingeladen! Geplant ist die Fahrt mit dem Fahrrad entlang des landschaftlich schönen Treidelweges zum Schiffshebewerk Niederfinow. Auf dem Rückweg wird an der Schleuse Macherslust für ein Pick-

nick Rast gemacht. Hier ist für Kaffee, Kuchen und kühle Getränke gesorgt.

Unter dem Motto »Radeln für den Mindestlohn« steht die Sozialtour 2007 diesmal im Zeichen des politischen Kampfes für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland. Die AfA Barnim hat die Initiative Mindestlohn »Kein Lohn unter 7,50 Euro pro Stunde« der Gewerkschaften NGG und ver.di von Anfang an aktiv und mit Erfolg begleitet. Mittlerweile wird das hochaktuelle Thema im politischen Raum breit diskutiert.

Dr. ANDREAS STEINER,
AfA-Unterbezirk Barnim

1. Mai in Bernau

Am 1. Mai findet von 10-15 Uhr auf dem Kulturhof Bernau, Breitscheidstr. 43, die schon traditionelle Maifeier statt. Der DGB stellt sie unter das Motto »Du hast mehr verdient!«. Neben der Gewerkschaft ruft wie immer der Stadtverband Bernau der Linkspartei.PDS zur Teilnahme auf. Auch der SPD-Ortsverein ist an Vorbereitung und Durchführung beteiligt.

Die Maiansprache hält Kollegin Marianne Wendt, Vorsitzende des Kreisverbandes ver.di, Barnim/Uckermark. Für die kulturelle Umräumung sorgen: die Party-Tigers, die Kung Fu-Sportgruppe »Schandong School«, »Kasperkend« mit einem Kasperle-Theater für jung und alt, eine Jazz-Gruppe. Weiter mit dabei sind u.a. die Buchhandlung »Schatzinsel«, die Getränkequelle Neumann. Dr. HEINZ SCHÄFER

Eberswalder Tourist-Information

Stadtführungen am Samstag

- 26. Mai: Rund um die Eberswalder Stadtschleuse
- 30. Juni: Eberswalder Mühlengeschichte(n)
- 28. Juli: Rund um das Paul-Wunderlich-Haus
- 25. August: Eberswalde als Bade- und Luftkurort
- 29. September: Der Eberswalder Waldfriedhof
- 27. Oktober: Auf den Spuren zum ehemaligen Aussichtsturm

Jeweils 10.30 Uhr, Treffpunkt zur September-Stadtführung am Eingang Waldfriedhof Breite Straße, sonst ab Tourist-Information (im Museum in der Adler-Apothek).

Karten für die Führungen erhalten Sie im Vorverkauf und am Veranstaltungstag für 2,50 EUR in der Tourist-Information. Bitte beachten Sie, daß die Teilnehmerzahl begrenzt ist. Darüber hinaus erhalten Sie nach vorheriger Anmeldung ganzjährig Stadtführungen auch zu Ihrem Wunschtermin. Bitte planen Sie etwa 1,5 bis 2 Stunden ein. Neben einer allgemeinen Führung durch die Altstadt bei der auch individuelle Wünsche berücksichtigt werden, stehen auch weitere Themen zur Auswahl.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Tag der Befreiung

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Kreisverband Eberswalde, der Stadtverband und die Stadtfraktion der Linkspartei.PDS Eberswalde laden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Kranzniederlegung anlässlich des 62. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 2007, 17 Uhr, am sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Eberswalde in der Freienwalder Straße ein. An diesem Tag wollen wir der Kämpfer gedenken, die für die Befreiung Deutschlands und weiter Teile Europas vom Faschismus gefallen sind. Wir ehren die Opfer von Krieg und Faschismus und bekunden unseren Willen, alles zu tun, damit sich solche Verbrechen niemals wiederholen.

WALDEMAR HICKEL

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Frank, Leuschner, Steiner, Triller, Witthuhn, Markmann (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 28. April 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.5.2007, 12 Uhr.